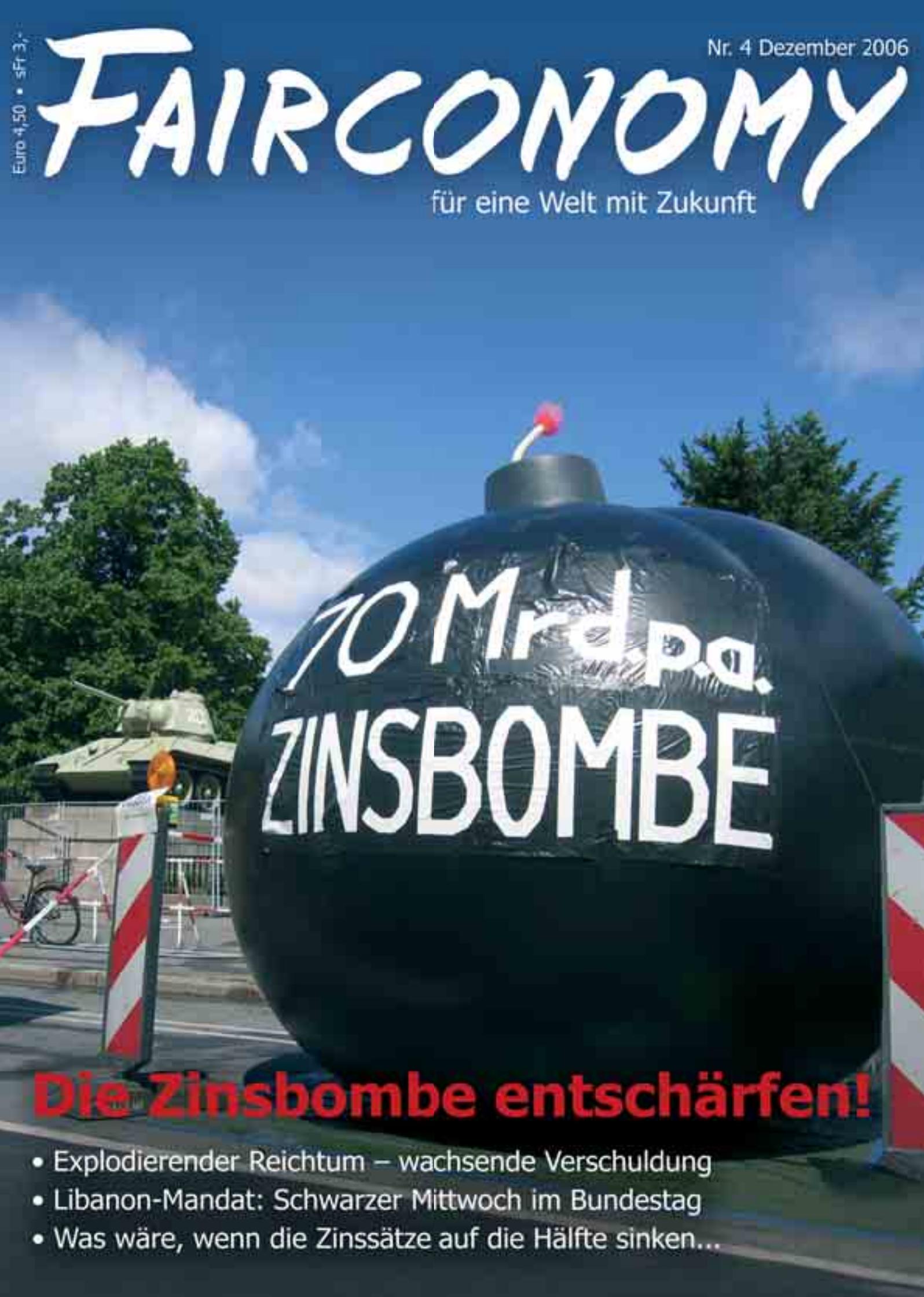


FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft

Euro 4,50 • sFr 3,-



70 Mrd. pa.
ZINSBOMBE

Die Zinsbombe entschärfen!

- Explodierender Reichtum – wachsende Verschuldung
- Libanon-Mandat: Schwarzer Mittwoch im Bundestag
- Was wäre, wenn die Zinssätze auf die Hälfte sinken...

Zinsen lassen sich nicht verbieten

Liebe Leserinnen und Leser,

das wollen wir ja auch gar nicht!

Wie kommt es trotzdem immer wieder zu diesem Missverständnis? Wegen der INWO-Zinsbombe? Vielleicht, dabei ist das nur ein drastisches, aber sehr anschauliches Mittel, um endlich die Aufmerksamkeit auf ein Tabu im Finanzwesen zu lenken, nämlich darauf, dass sich immer mehr Geld auf den Konten der schon Superreichen ansammelt. Gleichzeitig verarmt ein immer größerer Teil der Bevölkerung.

Das ist eine logische Folge davon, dass in unserem reichen Land viele Städte und Gemeinden sowie Länder und Bund in die Schuldenfalle getappt sind, d. h. immer neue Schulden überwiegend zur Bezahlung der Zinsen der alten Schulden aufnehmen müssen. Wo Zinsen gezahlt werden sollen, müssen Schulden gemacht werden. Zum Beispiel durch den Staat für Rüstungsausgaben (siehe Seite 4 und 5). So entsteht eine gefährliche Zinsbombe. Diese Bombe ist nicht mit einem Zinsverbot zu entschärfen. Schon gar nicht mit einem Verbot der Zinsen auf Ihr Sparkonto, die kaum den Inflationsverlust ausgleichen.

Unser Ziel ist eine krisenfreie Wirtschaft mit einer stabilen Währung durch die Einführung des umlaufgesicherten bzw. „fließenden“ Geldes: Dieses Geld wird nicht mehr Waren und Arbeit überlegen sein. Der Zins wird dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegen. Bei großer

Nachfrage nach Kreditgeld kann ein geringer Zinszuschlag verlangt werden. Auf jeden Fall wird der Geldkreislauf durch die Umlaufsicherungsgebühr nicht mehr wegen zu geringer Zinsen ins Stocken geraten. Wegen der Zinsen wird dann niemand mehr sparen – aber dass Spareinlagen immer ihren Wert behalten, ist ja auch sehr viel wert.

Eine stabile Währung will auch die Europäische Zentralbank und versucht das durch ihre Zinspolitik und geringe Inflationsraten zu erreichen. Das Geld, das nicht dem Konsum dient, muss wieder in den Wirtschaftskreislauf gelockt werden. Noch muss aber jeder Investor mit hohen Zinsgewinnen belohnt werden. Wie gefährlich Inflationen werden können, weiß inzwischen jeder, wie gefährlich der Zins – und da besonders der Zinseszins – ist, haben die Verantwortlichen scheinbar noch nicht begriffen. Da müssen wir noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit leisten.

Helfen Sie uns bei der Aufklärung über die ökonomischen Hintergründe der Zinsbombe. Sie zu entschärfen, gelingt aber letztendlich nur mit dem fließenden Geld. Mehr dazu in diesem Heft.

Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachten, einen guten Start ins neue Jahr und erholsame Wintertage,

für das Redaktionsteam
Wera Wendnagel

Inhalt

- 3 Explodierender Reichtum
- 4 Libanon-Mandat: Schwarzer Mittwoch im Deutschen Bundestag
- 6 Was wäre, wenn ...
- 7 Pressespiegel
- 8 Leserbriefe und Termine
- 9 INWO Deutschland
- 11 Mitglieder werben Mitglieder
- 15 INWO Schweiz
- 18 Regiogeldbewegung gewinnt an Fahrt
- 20 Petition vom Deutschen Bundestag abgelehnt
- 21 Geldreform ist wählbar
- 22 Kontroverse um die Geldschöpfung
- 23 Buchvorstellungen

Impressum

FAIRCONOMY 2. Jahrgang, Nr. 4 Dezember 2006, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Wera Wendnagel (V.i.S.d.P.), Beate Bockting, Jens Hakenes, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

3.000 Exemplare; 1.500 als r-evolution, INWO-CH

Bildnachweis

Titelseite: Theo Wonneberger, Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, 3: www.isw-muenchen.de (auch Zeichnung), 4 und 6: Theo Wonneberger, 5: www.buendnis-zukunft.de, 7: PhotoCase.de/juliaw, Beate Bockting, 9: www.lesefutter.org, 15: Frank Moser, 17: Katja Bigell, 18: Unterguggenberger-Institut, 20: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde, 21: Tomas Klünner, 22: Photocase.com/C-PROMO.de, Th. Weißenfels,

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klängenfuß GmbH, Münster

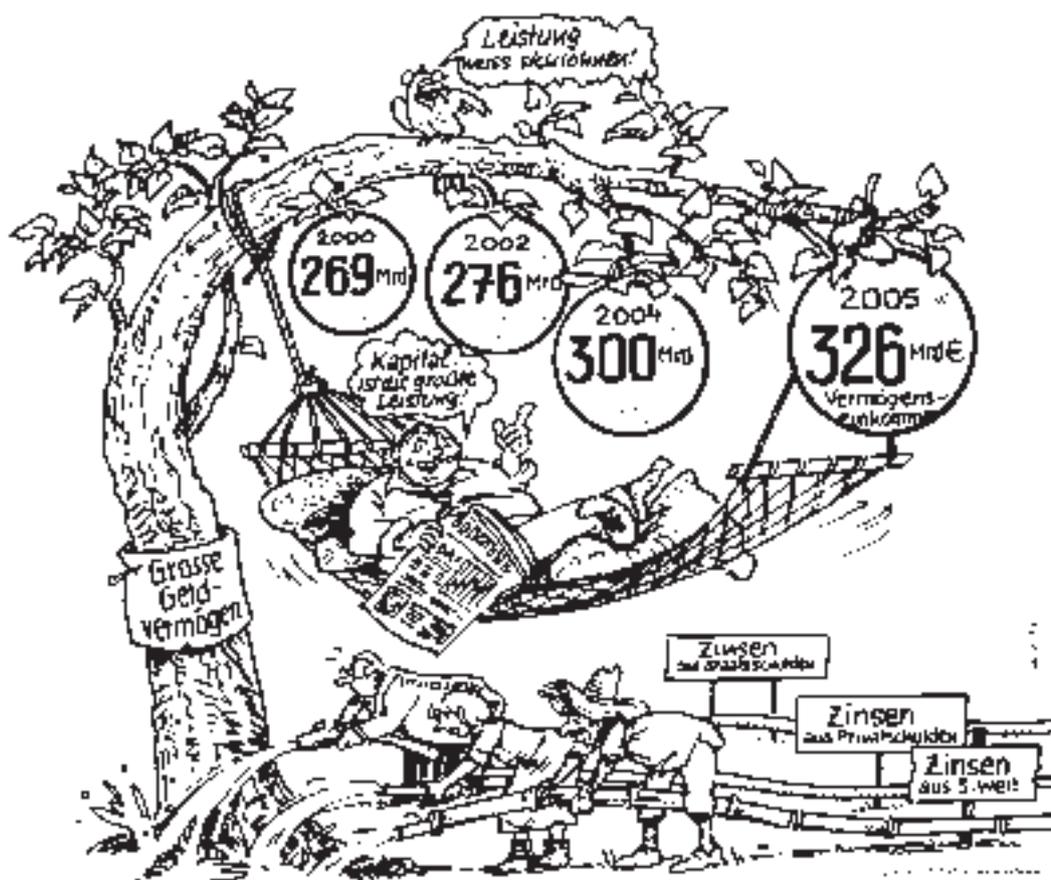
Herausgeberin

INWO D e.V., Klaus Popp, Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 30 41 05, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de> Konto 604 786 607, Postbank Frankfurt/Main (500 100 60)

Die FAIRCONOMY ist die neue Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für

die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Explodierendes Reichtum



„Wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe“ (Matthäus, 13. Kap.). So steht es bereits in der Bibel. Ein Großteil des neugebildeten Geldvermögens stammt aus Zins- und Dividendengutschriften. „Die Reichen sind reicher geworden, weil sie ihr Geldvermögen durch ansehnliche Vermögenserträge aufstocken konnten“, erklärte der damalige DIW-Konjunkturexperte Heiner Flaßbeck, heute Chefökonom der UNCTAD (FAZ, 6.11.99). Die gesamten Vermögenseinkommen in Deutschland beliefen sich 2005 auf 326 Milliarden Euro, 21 Prozent mehr als im Jahr 2000.

Die Ungleichverteilung bei den Vermögenseinkommen ist noch ausgeprägter als bei den Geldvermögen, da der Anteil hochverzinsten Anlageformen mit wachsendem Großvermögen zunimmt. Wer eine Million und mehr anlegen kann, bekommt individuelle Anlage-

strategien beim asset management der Banken und höhere Zinssätze und Renditen als derjenige, der nur einen Notpfennig auf das Sparbuch einzahlen kann. Die Bundesbank wies bereits Anfang der 90er Jahre darauf hin, dass „die wachsende private Ersparnis ... auch eine Folge der Selbstattribution durch steigende Erträge ist“ (Monatsberichte 10/93). Doch Geld heckt kein Geld, wie hier suggeriert werden soll. Nicht das „Geld arbeitet“, sondern der Geldadel hat die Macht, andere für sich arbeiten zu lassen. Das wird deutlich an den Zinszahlungen für Privatschulden, die von einem Teil des Lohnes beglichen werden müssen.

Aber auch die Zinszahlungen der Öffentlichen Haushalte – 2005: 63 Milliarden Euro – müssen aus dem Steueraufkommen beglichen werden, das zu 80 Prozent aus Lohnsteuern

und Steuern auf den Konsum aufgebracht wird. Während die Bundesregierung angesichts der Haushaltsnot u.a. bei den Renten kürzt, werden die staatlichen Transferzahlungen in Form der Zinsen an die Rentiers nicht angetastet.

Quelle: Armut + Reichtum in Deutschland. isw-Grafikdienst Nr. 11, S. 26.

Libanon-Mandat: „Schwarzer Mittwoch“ im Deutschen Bundestag

Im Unterschied zu bisherigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr – zum Beispiel Afghanistan, Kosovo, Kongo – ist mit dem Libanonauftrag vom 20. September 2006 eine weit größere Gefahr verbunden, in Kriege hineingezogen zu werden. Ist nur Terrorismusbekämpfung Grund für mehr Risikobereitschaft oder geht es zutiefst auch um etwas ganz anderes?

Hatte die Schröder-Regierung gegenüber der Nato und speziell den USA noch Stärke gezeigt und eine Beteiligung am Irak-Krieg abgelehnt, sind nun die Merkel-Regierung und die meisten Abgeordneten von CDU/CSU, SPD und von Bündnis 90/Die Grünen vor Erwartungen von außen eingeknickt. Sie wollen einen möglichen Kriegseinsatz von Bundeswehreinheiten riskieren. Das am 20. September 2006 vom Parlament erteilte Mandat gilt für ein Jahr. Schon heute geht Verteidigungsminister Jung davon aus, dass es verlängert werden muss.

Nie wieder Krieg?

Nahezu zwei Drittel der westdeutschen Nachkriegsbevölkerung wollte „nie wieder deutsche Soldaten“, aber schon 1956 begann unter Kanzler Adenauer unter Missachtung der Mehrheitsmeinung der Aufbau der Bundeswehr. Fünfzig Jahre später heißt es: „Auf in den möglichen Kampf!“. Die Marinesoldaten dürfen Gewalt anwenden, wenn Kapitäne Kontrollen ihrer Schiffsladungen verweigern, und selbstverständlich auch dann, wenn sie angegriffen werden sollten.

Bevor das erste Kriegsschiff in See stach, forderte der Verteidigungsminister schon mehr finanzielle Mittel, die das Parlament ihm sicher nicht verweigern wird. Auch Rüstungslobbyisten werden Druck zu machen versuchen. Mehr Geld für die Rüstung – das

Geschäft wird belebt werden, auch Aktionäre dürfen sich schon freuen.

Was wird dieses Abenteuer dem Flottenverband und unserem Lande bringen? Es muss einkalkuliert werden, dass Deutschland in einen wieder ausbrechenden militärischen Konflikt

zwischen Israel und dem Libanon, den Hisbollahs und/oder auch palästinensischen Hamas hineingezogen wird. Der Außenminister betonte zwar wiederholt, es gehe um Glaubwürdigkeit. Wenn die propagierten Neutralitätsversprechen aber nicht eingehalten werden können?

Landesverteidigung?

Und ist es mit der Glaubwürdigkeit in folgender Hinsicht nicht ohnehin schon vorbei? Die Bundeswehr soll der Landesverteidigung dienen. Die aber steht schon lange nicht mehr auf dem Lehrplan der Rekruten, sie gehört nicht einmal mehr zur mentalen Grundausrüstung der Soldaten, wie Generäle offen zugeben. Landesverteidigung, die durch un-



Was uns die Erwachsenen da einbrocken...

vorhersehbare Situationen erforderlich werden könnte, ist gar nicht mehr möglich, wenn Spezialeinheiten schon in aller Welt zerstreut sind: Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Afghanistan, Sudan, Äthiopien, Horn von Afrika, Kongo, und nun der Libanon. Folgen die Einsatzbefehle nicht längst einer „Von-außen-Politik“, einem verhaltenen Druck von USA, EU und UN? Man dürfe sich nicht verweigern, meinte der Verteidigungsminister ... die Fähigkeit zur Landesverteidigung aufzugeben?

Feindbild Terrorismus

Kann sein, dass es gelingt, zwischen Israel und Libanon Waffenruhe zu gewährleisten. Besteht aber nicht die Gefahr, dass Deutsch-

Vom Wirtschaftswunderland zum "Sanierungsfall" Deutschland !

Schon 1965 - gerade 10 Jahre nach der Remilitarisierung - hatte Deutschland schon wieder Militärausgaben von umgerechnet 43,860 Milliarden Euro und auch entsprechend hohe Staatsschulden.

So begann - fast unbemerkt - der profitable Kreislauf von Gewinnen aus ständiger Waffenmodernisierung und den Zinserträgen für die zuvor gegebenen Kredite.

Bis 1989, dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung waren diese Ausgaben für das Militär schon bei 488,685 Milliarden Euro zusätzlich exponentiell wachsender Zinsen angelangt.



Grafik der pazifistischen Partei Bündnis für die Zukunft, in der die finanzpolitischen Auswirkungen der unsinnigen, kreditfinanzierten Militärpolitik erkennbar sind

land in einen von den USA bereits angedrohten Krieg gegen den Iran hineingezogen wird, und/oder womöglich in einen von den USA proklamierten dritten Weltkrieg? Der Feind steht fest, der globale Terrorismus. Der 20. September 2006 könnte als „Schwarzer Mittwoch“ in die Parlamentsgeschichte und Historie der BRD eingehen. An ernste Konfrontationen mit Israel, das sich schon wiederholt nicht an Abkommen gehalten hat, mag man dabei eigentlich nicht auch noch denken. Der Irak-Krieg hat das Terrorismus-Problem verschlimmert, wie aus einem jüngst von den 16 Geheimdiensten der USA gemeinsam erstellten und in Teilen veröffentlichten Bericht hervorgeht. Diese Erkenntnis kommt der Regierung Bush nur scheinbar verquer, erhärtet sie doch die These vom heutigen Weltkrieg-feind Nummer eins.

Zinsbombe – strukturelle Gewalt

Eine Verschärfung von Krisensituationen und Kriege gar sind – abgesehen von den üblichen wirtschaftlichen und Rohstoffinteressen (z.B. Erdöl) – vor allem als funktionsfördernde Elemente des herrschenden Wirtschaftssystems zu verstehen, was selten bedacht wird. Es geht unter diesem Aspekt nicht in erster Linie um Befriedigung der Interessen von Rüstungsfirmen und der ihr zuliefernden zivilen Unternehmen, sondern um gesamtwirtschaftliche Steigerung der Schuldenaufnahmen überhaupt: Zins- und zinseszinsbedingt haben wir es zu tun mit einem Guthaben- und Schulden-Akkumulationssystem. Ständig wachsende Geldvermögen (im privaten Sektor z.B. in Deutschland inzwischen über 4 Billionen Euro) müssen mit Zinsen

bedient werden. Das funktioniert nur mit gesamtwirtschaftlich ständig steigenden Kreditaufnahmen/Verschuldungen, mit der Folge einer wachsenden „Zinsbombe“, Symbol für die strukturelle Gewalt der traditionellen Geldordnung, für eine den Zusammenhalt der menschlichen Gesellschaft zerstörende Auswirkung von Zins und Zinseszins.

Wirtschaft und Konsumenten allein können die ungeheueren Schulden- und Zinslasten schon längst nicht mehr schultern. Nur der Staat kann hier helfen. Dessen Schuldenberge und Zinslasten sind aber mittlerweile bedenklich hoch. Rufe nach einem Stopp der staatlichen Neuverschuldungen oder gar nach einem Abbau des Schuldenberges und der Zinslasten häufen sich. Den Funktionsvoraussetzungen des Systems entgegen kommt der EU-Beschluss aus dem Jahre 2005, die im Maastrichtvertrag für die Mitgliedsstaaten festgelegte Verschuldungsgrenze von drei Prozent künftig flexibler auszuliegen!

Rüstung und Verschuldung

Ein zwingender Grund, weitere Schulden zu machen, wäre – die USA machen es seit einigen Jahren wieder vor – eine unbedingt nötige Steigerung der Rüstung. Wenn Krisensituationen und Kriege es erfordern, sind mehr Kreditaufnahmen in den Parlamenten durchzusetzen. Auch der Wiederaufbau eines zerstörten Landes erfordert Kredite und bietet damit dem Geldkapital weitere lohnende Investitionsmöglichkeiten.

Ein beständigerer Feind als zahlreiche, nie genau zu ortende kleine, militärisch letztlich

nicht ausrottbare terroristische Zellen konnte dem herrschenden Wirtschaftssystem nach dem Ende des Kalten Krieges nicht entstehen, einen zuverlässigeren hätten sich auch Rüstungskonzerne nicht wünschen können. Wo man nur will, kann eine terroristische Gefahr auf die weltpolitische Leinwand gezaubert werden, mit der militärische Aktionen plausibel begründet werden können. Provokationen lassen sich im Übrigen dort, wo es gewollt wird, für Geld leicht inszenieren. Und für Terroranschläge mit Paradiesverheißungen werden sich unter Millionen unbeschäftigter Islamisten immer wieder bereitwillige Kämpfer anbieten. Behauptete andere Gründe, Atomwaffen in falschen Händen, sind anzuzweifeln. Im Falle des Irak waren sie frei erfunden.

Kapitalvernichtung

Der schwedische Nationalökonom Knut Wicksell schrieb in „Nationalökonomie auf der Grundlage des Marginalprinzips“ (Gustav Fischer, Jena 1913): „Eine Ursache, daß der Kapitalzins noch immer relativ hoch steht, ist die kapitalvernichtende Tätigkeit, welche die Staaten zu unproduktiven Zwecken, besonders Krieg und Kriegsrüstungen, betreiben. Die ungeheueren Staatsschulden, welche europäische und außereuropäische Staaten sich im Laufe der Jahre hauptsächlich zu Kriegszwecken aufbürdeten, setzen auf Seiten der Geldgeber entsprechende Ersparnisse voraus, aber sie repräsentieren kein wirkliches, produktives Kapital, sondern nur eine Forderung gewisser Staatsbürger an gegenwärtige und künftige Generationen der Steuerzahler. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Kapitalisten als Klasse alle kapitalvernichtenden Veranstaltungen, vor allem Kriegsrüstungen und sogar Kriege, welche ihnen selber zum großen Teil durch die Schuldverbindlichkeiten des Staates ersetzt werden, und die zur Erhöhung des Zinsfußes beitragen, freudig begrüßen müssen. Hierin liegt (...) eine nicht unwesentliche politische Gefahr.“



Josef Hüwe, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.

Was wäre, wenn die Zinssätze auf die Hälfte sinken würden?

Wenn die Zinssätze auf die Hälfte sinken,

- dann würden sich die Zinszahlungen an die Banken in Deutschland von 330 Milliarden Euro p.a. (Betrag 2005 lt. BBK) auf 165 Milliarden halbieren, womit man rechnerisch in der Lage wäre, fünf Millionen Arbeitskräfte mit 32.800 Euro Bruttokosten einzustellen, oder die Löhne aller 35 Millionen Arbeitnehmer um 4.700 Euro jährlich anheben,
- dann würden sich die Zinslasten des Staates von heute 66 Milliarden Euro auf 33 Milliarden verringern, wodurch alleine der Staat eine Million Arbeitsuchende einstellen oder viele der heutigen Engpässe in seinen Etats schließen könnte,
- dann würden die Zinslasten, die sich in allen Endverbraucherpreisen ansammeln (im Durchschnitt ca 30 bis 40 Prozent, bei Wohnungsmieten 60 bis 80 Prozent) ebenfalls halbieren, was den Menschen rechnerisch ermöglichen würde, ihre Arbeitszeiten um etwa 6-8 Stunden in der Woche zu senken,
- dann würde sich die heutige zinsbedingte Einkommensumverteilung, bei der acht Zehntel der Haushalte täglich insgesamt etwa 300 Millionen Euro verlieren und in gleicher Höhe ein Zehntel der Haushalte täglich reicher wird, ebenfalls halbieren und auch die weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich,
- dann würden die Geldvermögenszuwächse von mehreren hundert Milliarden Euro jährlich, die weitgehend aus Zinseinkünften stammen, auf die Hälfte fallen und damit auch der Anstieg der Verschuldungen, die

heute, zur Schließung des Geldkreislaufs, in gleicher Höhe zunehmen müssen,

- dann würde sich auch der Zwang zum ständigen Wirtschaftswachstum reduzieren, der sich heute daraus ergibt, dass die sich aus den zinsbedingten Umverteilungen ergebenden sozialen Spannungen, nur mit steigenden Wirtschaftsleistungen tragbarer gemacht werden können,

... und diese hier angenommene Halbierung der Zinsen würde sich ergeben, wenn die Überlegenheit des Geldes gegenüber Arbeit und Güterangeboten, durch eine Umlaufsicherung auf die gehaltenen Zahlungsmittel abgebaut würde, eine Umlaufsicherung die verhindert, dass sich das Geld, vor allem bei unattraktiven Zinshöhen, vom Markt zurückziehen und damit auch in gesättigten Volkswirtschaften noch marktwidrig hohe Zinsen erpressen kann.

Wie John Maynard Keynes bereits 1936 in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ geschrieben hat, würde eine solche Umlaufsicherung durch Geldhaltungskosten „der

vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden“, und weiter: „Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen ... aber seine Anhäufung würde nicht mehr (von alleine, d.V.!) wachsen.“



Helmut Creutz, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks "Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" (2001). Im Jahr 2004 sind "Die 29 Irrtümer rund ums Geld" erschienenen.



Mit der Geldreform kann die Zins- und Verschuldungsbombe entschärft werden

Pressespiegel

Laut einer Pressemitteilung von Merrill Lynch und Capgemini, die ihren 10. Weltreich-tumsbericht herausgaben, ist das Gesamtvermögen wohlhabender Privatanleger im Jahr 2005 weltweit um 8,5 Prozent auf 33,3 Billionen US-Dollar angestiegen. Wie aus dem **World Wealth Report** hervorgeht, stieg die Zahl der Privatanleger mit einem Finanzvermögen von mehr als einer Million US-Dollar (ohne Berücksichtigung von selbstbewohnten Immobilien) weltweit um 6,5 Prozent auf 8,7 Millionen. Deutlich stärker noch, um 10,2 Prozent auf 85.400, habe die Zahl der ultrareichen Anleger zugenommen, die je über ein Vermögen von mehr als 30 Millionen US-Dollar verfügen. In Deutschland wurden 2005 insgesamt 767.000 Dollarmilli-onäre gezählt.

In den letzten fünfzehn Jahren hat sich in nahezu jedem vierten Land der Erde die soziale Situation in Teilbereichen wie Bildung oder Gesundheit verschlechtert. Dies belegt der 6. **Social Watch Deutschland Report**, den deutsche Nichtregierungsorganisationen am 16.10.2006 in Bonn der Öffentlichkeit vorstellten. „Trotz aller Fortschritte, die in den letzten Jahren durchaus zu verzeichnen waren, gibt es noch immer mehr als 50 Länder, in denen mehr als ein Drittel der Bevölkerung in absoluter Armut lebt. In 35 Ländern beträgt der Anteil der absolut Armen sogar über 50 Prozent“, so Klaus Heidel, Sprecher von Social Watch Deutschland. Daher sei es bedenklich, dass es nur einer Minderheit der Länder möglich war, in den letzten Jahren die Ausgaben für Bildung und Gesundheit anzuheben. Selbst im reichen Deutschland würden mit dem Hinweis auf öffentliche Armut Sozialabbau und Leistungseinschränkungen bei Menschen mit Unterstützungsbedarf legitimiert.

In einem Bericht vom 13.10.2006 nahm sich die Zeitung **Trierischer Volksfreund** der Zinsproblematik an. Die Schuldenuhr des Steuerzahlerbundes Rheinland-Pfalz laufe gnadenlos: „Für die auf den Augenblick hochgerechneten 26,39 Milliarden Euro Schulden werden pro Tag rund drei Millionen Euro Zinsen fällig. So reichen die neuen

Kredite mal gerade, um die fälligen Zinsen zu zahlen. Von Tilgung keine Spur.“ Ministerpräsident Kurt Beck steht also daheim vor dem gleichen Problem wie als SPD-Vorsitzender in der Bundespolitik. „Das neue Geld von der Bank landet postwendend für alte Schuldzinsen wieder bei der Bank.“ Dabei habe man nur „mit einem immensen Verkauf von Landesvermögen einen unkontrollierten Galopp in die Kreditaufnahme einigermaßen bremsen“ können. Bis 2010 werde noch einmal Landesvermögen von 870 Millionen Euro an den Markt gebracht.

Die **Stuttgarter Zeitung** berichtete am 26.09.2006 über die Zinsbomben-Aktion der dortigen INWO-Regionalgruppe: „Rund ein Fünftel der Steuereinnahmen fließt zurzeit Jahr für Jahr in die Zinszahlungen. Doch nicht nur der Staat leide unter der Zinslast, sondern auch der ganz normale Konsument, der etwa beim Bäcker sein Brötchen oder im Elektrogeschäft seinen Fernseher kauft, (...) Zinsen zahlten nämlich alle – auch die, die keine Kredite aufgenommen haben.“

Am 09.10.2006 berichtete der **Trierische Volksfreund** über den Vortrag des INWO-Vorsitzenden Prof. Wolfgang Berger in der Reihe „Experten am GSG“ in Daun. Unter dem Titel „Wirtschaftskrise – gibt es eine Perspektive?“ hatte Berger die Ideen der INWO vorgestellt. „Seine Botschaft ist klar: Wir können die Marktwirtschaft mit einer modifizierten Geldordnung ohne ökologischen und sozialen Kollaps

weiterentwickeln und so ökonomische Probleme lösen“, hieß es. Allerdings hatte der Journalist die Botschaft offenbar doch etwas missverstanden, denn laut Bericht sei Bergers Vorschlag: „Die Abschaffung der Zinsen und die Einführung „fließenden Geldes“ werde die Arbeitslosigkeit abschaffen und ein stetes Wachstum verheißen.“ Da die INWO weder für die völlige Abschaffung des Zinses noch für stetes Wachstum plädiert, musste der Bericht mithilfe von Leserbriefen richtiggestellt werden.

In ihrem Leitartikel äußerte die **Financial Times Deutschland** am 03.11.2006 den Verdacht, dass hinter den in Deutschland aufgetauchten sich selbst auflösenden Euro-Scheinen „ein paar freischaffende Konjunkturankurbler“ aus der Freiwirtschaftsbewegung stecken könnten. Aus den Schriften des unorthodoxen Geldtheoretikers Silvio Gesell sei bekannt, „dass eine Wirtschaftskrise auftritt, weil die Menschen plötzlich ihre Taler horten - statt sie schön gleichmäßig durch die Wirtschaft wandern zu lassen. Der naheliegende Ausweg ist ein Schwundgeld, das von Woche zu Woche ganz offiziell an Wert verliert. Wer damit nicht schnell einkaufen geht, ist selbst schuld.“ Die Umlaufsicherung des Geldes stellen wir uns allerdings etwas anders vor als durch Geld, das zwischen den Fingern zerrinnt!



Schwundgeld im Umlauf – aber doch nicht so!

Unsere Leserinnen und Leser melden sich zu Wort

Fortsetzung der Diskussion „FAIRCONOMY und Marx“

Tobias Schütze hat Recht, wenn er in seinem Leserbrief in der FAIRCONOMY 2/2006 schreibt: „Das Thema ist ausbaufähig.“ Im Heft 1/2006 war auch nur ein Teil aus meinem längeren Aufsatz wiedergegeben: „Warum Marx die überflüssige Mehrwerttheorie entwickeln musste“. Diese Fragestellung berührt den zweiten Einwand von Tobias Schütze, nämlich dass Marx seine eigene Werttheorie einschränkt. Das ist richtig. Weil Marx jedoch in Bezug auf Geld, das er als „Ware“ definiert, die Werttheorie anwenden muss – die im Gegensatz zu Gesell von Karl Walker in seinen „Überlegungen zur Werttheorie“ bezüglich Waren, aber nicht bezüglich Geld akzeptiert wird –, deshalb ist Marx gezwungen, den Kapitalismus nicht aus seinen richtigen Geldkreisüberlegungen heraus zu erklären, sondern über die Mehrwerttheorie. Damit begann die verhängnisvolle Fehlentwicklung der Arbeiterbewegung. Zum ersten Einwand von Tobias Schütze, zur Verwechslung von Unternehmergewinn und Un-

ternehmerlohn: Der Begriff des „fungierenden Kapitalisten“ ist m. E. keine Irreführung. Dazu gibt es äußerst interessante, aber auch verwickelte Überlegungen von Marx im Band III „Das Kapital“, in „Zins und Unternehmergewinn“, S. 383-403. Wie für Gesell ist für Marx der „fungierende Kapitalist“, also der Unternehmer, ein „Arbeiter“: „Im Gegensatz zum Zins stellt sich ihm also sein Unternehmergewinn dar (...) als Resultat seiner Funktionen als Nichteigentümer, als - Arbeiter.“ Er kritisiert keineswegs, dass sich daher „in seinem Hirnkasten“ die Vorstellung einnistete, „dass sein Unternehmergewinn (...) vielmehr selbst Arbeitslohn ist“, höherer Lohn als der des gewöhnlichen Lohnarbeiters, weil die Arbeit komplizierter sei und weil er sich selbst diesen Lohn auszahle (S. 393).

Im Unterschied dazu ist der Zins „der Nettoprofit, den das Kapitaleigentum als solches abwirft, sei es dem bloßen Verleiher, der außerhalb des Reproduktionsprozesses stehen bleibt, sei es dem Eigentümer, der sein Kapital selbst produktiv verwendet. Aber auch diesem wirft es diesen Nettoprofit ab, nicht soweit er fungierender Kapitalist, sondern soweit er Geldkapitalist, Verleiher

seines eigenen Kapitals, als eines zinstragenden, an sich selbst als fungierenden Kapitalisten ist.“

Ergebnis dieser Seite 392 ist: Der Unternehmergewinn bildet keinen Gegensatz zur Lohnarbeit, sondern nur zum Zins. Der Zins ist „der Ausdruck davon, (...) dass Wert, der im (...) Produktionsprozess die Gestalt der Produktionsmittel annimmt, als selbständige Macht der lebendigen Arbeitskraft gegenübersteht und das Mittel ist, sich unbezahlte Arbeit anzueignen“. Die Diskussion zwischen freiheitlichen marxistischen Sozialisten und Liberalsozialisten nach Gesell soll fortgesetzt werden. Weitere Arbeitspapiere können an alle Mailadressen geliefert oder schriftlich bestellt werden bei: Georg Otto, Gänseberg 11, 31079 Eberholzen, Tel.: 05065/8132, E-Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de

Georg Otto, Eberholzen

Solche und andere Themen können Sie außerdem auch per E-Mail diskutieren. Nutzen Sie dazu unsere Mailinglisten unter: <http://www.INWO.de/Mailinglisten>

Termine

08.-10.12.2006

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte
FAIRCONOMY-Spiele-Workshop

Die Themen Geld- und Bodenordnung mal spielerisch angehen – Gelegenheit zum Vorstellen von Spielen aller Art, Entwickeln, Mitspielen, Anschauen. Organisiert nach der Open-Space-Methode, mit Peter Bauer.
E-Mail: Tanja.Rathgeber@INWO.de
Telefon: +49 (0)721 9431437

08.-10.12.2006

Wuppertal, Jugendherberge
Treffen der INWO-AG Regionalgruppen
E-Mail: Klaus.Popp@INWO.de
Telefon: +49 (0)211 304105

12.12.2006, 19.00 Uhr

Aachen, Kath. Hochschulgemeinde, Pontstr. 74-76
Vortrag & Diskussion
„Die Wirtschaft muss wachsen!“ – Warum?

mit Buchautor Helmut Creutz
Eintritt: 3 €, ermäßigt: 1 €
E-Mail: Aachen@INWO.de

26.-28.01.2007 (Achtung: Neuer Termin!)

Berlin
Antisemitismus-Seminar
u.a. mit Werner Onken
E-Mail: INWO@INWO.de
Telefon: +49 (0)211 304105

02.-04.03.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte
Fairconomy-Seminar
Grundlagen und Perspektiven einer zukunftsweisenden Wirtschaftsordnung
mit den Buchautoren Helmut Creutz & Klaus Popp
E-Mail: INWO@INWO.de
Telefon: +49 (0)211 304105

05.-06.03.2007

Bad Boll, Evangelische Akademie
Seminar
Tabuthema „Zinsen“ – Wirken Zinsen schädlich oder sind sie unverzichtbar?
Detaillierte Informationen unter:
www.ev-akademie-boll.de

30.03.-01.04.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte
Mitgliederversammlung der INWO Deutschland
Neben der Versammlung erwarten Sie Einblicke in die Arbeit der INWO, weitere interessante Programmpunkte, eine ruhige, idyllisch gelegene Unterkunft und beste Verpflegung.
Informationen zu Anfahrt, Kosten & Buchung gibt es im Internet unter <http://www.INWO.de/SGT>

Viele weitere Details & Veranstaltungen finden Sie im Internet unter <http://www.INWO.de/Termine>.

21.-22. 04.2007

Fuldatal-Simmershausen, Reinhardswaldschule (nahe Kassel)
40. Mündener Gespräche
Von der vermachteten Privilegienwirtschaft zu einer monopolfreien Marktwirtschaft
Veranstalter: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.
E-Mail: SG.Lindner@t-online.de

17.-20.05.2007

Birkenwerder, Karmeliterkloster (nahe Berlin)
Tagung
Grundeinkommen für alle?
Veranstalter: INWO und Christen für gerechte Wirtschaftsordnung
E-Mail: INWO@INWO.de

25.-29.06.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte
Vollbeschäftigung ist machbar!
Bildungsurlaub mit verschiedenen Referenten
Arbeitslosigkeit - unveränderbar? Die herrschende Meinung geht von struktureller Arbeitslosigkeit in der Zukunft aus. Ist nichts anderes denkbar? Das Seminar zeigt Denkmöglichkeiten neuer Arbeitsmarktmodelle auf und gibt dem Paradigmenwechsel eine Plattform.
195 € mit Vollpension / 145 € ohne Übernachtung
Information und Anmeldung: [VHS Essen, www.vhs-essen.de](http://www.vhs-essen.de)
Ein aktualisiertes, ausführlicheres Programm kann angefordert werden bei: Klaus.Popp@INWO.de

Schreibwettbewerb: „Die Wirtschaft muss wachsen!“ – Warum?

Liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Studierende,

ewiges Wirtschaftswachstum verhindert effizienten Umweltschutz und führt letztendlich zum ökologischen Kollaps. Doch ein „Nullwachstum“ der Wirtschaft treibt die Gesellschaft in die soziale Krise. - Warum? Zeige einen Ausweg aus dieser Zwickmühle und schreibe Deine Version einer Welt, in der die Wirtschaft wachsen kann, aber nicht muss. Wie gestalten die Menschen ihre Freizeit, wo arbeiten sie und wie wachsen ihre Kinder auf?



Der Schreibwettbewerb wird in zwei Kategorien durchgeführt:

1. Jugendliche bis einschließlich 18 Jahren
2. junge Erwachsene über 18 Jahre bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres

Pro Teilnehmer/in darf nur ein Beitrag eingereicht werden, der 15.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen – etwa vier Seiten, Schriftgröße 12, Schriftart Arial) nicht überschreiten sollte.

Deinen Beitrag zum Wettbewerb kannst du bis zum Einsendeschluss am 31. Mai 2007 (es gilt das Datum des Poststempels) an folgende Adresse einsenden:

INWO Büro
Blasiusstraße 63
40221 Düsseldorf

Am Wettbewerb beteiligen sich folgende Organisationen:

- Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung Deutschland e.V., www.inwo.de
- Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung, www.stiftung-geld-boden.de
- Freiwirtschaftlicher Jugendverband Deutschland e.V., www.silvio-gesell-tagungsstaette.de
- Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V., www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de
- Verein Wirtschaftlich Menschlich e.V., www.humonde.de

In der Jury sind vertreten:

- Alwine Schreiber-Martens (Autorin, Vorstand der INWO)
- Helmut Creutz
(Autor von „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ u.a.)
- Werner Onken (Redakteur der Zeitschrift für Sozialökonomie)
- Frank Bohner (FAIRCONOMY-Autor)
- Felix Spira (AG Jugendarbeit der INWO)
- Thomas Seltmann (Wirtschaft Menschlich e.V., www.humonde.de)

Es gibt Geldpreise im Gesamtwert von 750 Euro zu gewinnen, zahlreiche Buchpreise sowie für die ersten zehn Platzierten jeder Kategorie je ein Jahresabo der INWO-Zeitschrift. Die besten Beiträge werden auf unseren Internetseiten und in der Zeitschrift veröffentlicht. Näheres zu den Teilnahmebedingungen sowie Hintergrundinformationen zum Wettbewerbsthema findest du unter <http://www.INWO.de/Schreibwettbewerb>.

Wir wünschen dir viel Spaß beim Schreiben und freuen uns auf deinen Beitrag

Felix Spira

INWO-Anzeigen dank Ihrer Spenden!

Unser Spendenbrief vom September, in dem wir Sie in Bezug auf geplante Anzeigen um Rat baten, kam offenbar sehr gut an. Wir erhielten zahlreiche Rückmeldungen wie z.B. diese:

„Herrlich! Ich glaube, ich gehöre zu dem repräsentativen Durchschnitt der Bundesbürger, die Spendenaufrufe fast ausnahmslos immer in das Altpapier befördern, aber diesen fand ich einfach so köstlich, dass ich gleich auf die Brötchentüten angebissen habe ...“



Bereits bis Mitte Oktober waren ausreichend Spenden eingegangen, um sowohl die Anzeige auf der Brötchentüte als auch die in der Zeitschrift Steuerzahler finanzieren zu können. Mit jeder weiteren Spende können wir zusätzliche Aktionen starten. In unserem Weihnachtsschreiben werden wir Sie über den genauen Spendenstand und über unsere Projekte informieren. Bereits jetzt allen Spenderinnen und Spendern ein herzliches Dankeschön!

„Natürlich“ oder „nachhaltig“?

In der FAIRCONOMY 1/2006 diskutierten Alwine Schreiber-Martens und Wera Wendnagel eine mögliche Namensänderung der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung. Werner Onken und Josef Hüwe setzen die Diskussion fort.

Es freut mich sehr, dass nach der Umbenennung unserer Zeitschrift von r-evolution in FAIRCONOMY nun auch ein Nachdenken über die Bedeutung des „N“ im Namen der INWO erneut einsetzt. Schon in der Vergangenheit ist mehrfach gefragt worden, ob der traditionelle Begriff „Natürlich“ unser Anliegen richtig charakterisiert.

Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des Titels von Gesells Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (NWO) und unserer anderen häufig verwendeten Begriffe könnte zur Klärung der Namensfrage beitragen. Der Begriff „Freiland“ bezeichnete bereits seit etwa 1880 das Ziel der Bodenreformbewegung: ein von Spekulation freier Umgang mit dem Boden. Gesell übernahm ihn für den bodenreformerischen Teil seines Programms. Für den geldreformerischen Teil verwendete er zunächst die Begriffe „rostende Banknoten“ und danach „Reformgeld“. Ab etwa 1914/15 sprach er von „Freigeld“ im Sinne eines vom Zins befreiten Geldes.

Hieraus ergab sich zur selben Zeit auch der Sammelbegriff „Freiwirtschaft“ für eine von den Privilegien des Boden- und Geldbesitzes befreite Marktwirtschaft. Parallel dazu kam ab 1916 der Begriff „Natürliche Wirtschaftsordnung“ hinzu. In beiden Begriffen schwingt die ideengeschichtliche Anknüpfung an den Liberalismus der englischen Klassiker und an die französische Physiokratie des ausgehenden 18. Jahrhunderts mit.

Adam Smith und andere liberale Klassiker erstrebten eine freie Marktwirtschaft im Sinne einer Befreiung der Wirtschaft von merkantilistisch motivierten Eingriffen des absolutistischen Staates. Dementsprechend postulierten die Physiokraten um Francois Quesnay eine von solchen Eingriffen freie, sich selbsttätig regelnde „natürliche Ordnung“ der Wirtschaft („Physiokratie“ bedeutet „Naturherrschaft“). Hinzu kam, dass sie mit ihrem Gedanken einer „impot unique“ das gegen Ende des 19. Jahrhunderts von Henry George angestrebte bodenreformerische Ziel einer „Single Tax“ bereits vorgedacht hatten.

Als Gesell die „natürliche Ordnung“ der Wirtschaft zur Grundlage seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ machte, hatte dieser Begriff für ihn noch einen zweiten Bedeutungsgehalt bekommen: die

Interpretation des wirtschaftlichen Wettbewerbs als „natürliche Auslese“. Die Übertragung dieses Grundgedankens aus Charles Darwins Evolutionslehre war zu Gesells Zeiten durchaus modern und geschah auch in anderen sozialen Bewegungen. Der starke Einfluss auf Gesell fand seinen Ausdruck in Aufsätzen, die er zwischen 1912 und 1918 schrieb (v.a. Band 7 der Gesamtausgabe, S. 199-227 und Band 10, S. 164-167), und dann vor allem im Vorwort zur dritten Auflage der NWO (Band 11, S. XV-XXV).

Um die beiden Begriffe „Freiwirtschaft“ und „Natürliche Wirtschaftsordnung“ hat es schon seit längerem immer wieder Diskussionen gegeben.

- „Freiwirtschaft“ wurde oft als etwas „Antiquiertes“ empfunden und konnte in neuerer Zeit das Missverständnis hervorrufen, dass damit etwas „Neoliberales“ gemeint sein könnte.

- Hinzu kommt, dass dieses „N = Natürlich“ entgegen verbreiteter Annahmen von seinem Ursprung her keineswegs einen ökologischen Bedeutungsgehalt hat. Ähnlich wie den Klassikern und Marx ging es Gesell zu seiner Zeit um eine Steigerung der wirtschaftlichen Produktivkräfte. In einem „Meer von Kapital“ wollte er bekanntlich „den Zins ersäufen“.

Mit der Umbenennung ihrer Zeitschrift in „Fairconomy“ hat die INWO bereits den ersten Schritt getan, sich von dem ihr oftmals schon gar nicht mehr bewussten darwinistischen Erbe zu lösen. Der neue Name ihrer Zeitschrift lässt Fairness und Solidarität in der Wirtschaft sowie soziale Gerechtigkeit als Leitbilder der INWO deutlicher erkennen. Nach meiner Ansicht täte sie gut daran, in einem zweiten Schritt ihr darwinistisches Erbe endgültig loszulassen, indem sie dem „N“ in ihrem Namen die Bedeutung des Begriffes „nachhaltig“ verleiht. Das würde auch die Bemühungen der neueren Geld- und Bodenreformbewegung bekräftigen, Gesells Theorien zu einem differenzierteren und auch wachstumskritischen Ansatz weiterzuentwickeln.

Werner Onken (Beitrag gekürzt)

Mehrere Beiträge in FAIRCONOMY 3/2006 („Die Kurve zum Paradies“, „Der Weg zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ und „Energiefrage – Umsteuern“) zeigen u.a. das Erfordernis nachhaltigen Wirtschaftens auf. Der Vereinsname IN-



WO enthält die Begriffskombination „natürliche Wirtschaftsordnung“, die bei neuen Interessenten Fragen, Verwunderung, Skepsis und auch Ablehnung auslöst. Zumindest wird nicht gleich verstanden, und kann „natürlich“ nicht sofort verstanden werden, was gemeint ist. Das bedarf relativ umständlicher Erklärungen. Der Begriff „nachhaltig“ hingegen

ist heute den meisten Interessierten geläufig, er findet eher Anklang. Auch den politischen Parteien ist er nicht mehr fremd. Wäre es Akzeptanz und Anliegen der INWO nicht eher förderlich, wenn, wie es vereinzelt auch schon vorgeschlagen wurde, der Vereinsname geändert würde in „Initiative nachhaltige Wirtschaftsordnung“? Die Abkürzung bliebe unverändert.

Josef Hüwe



Mitglieder werben Mitglieder

Unterstützen Sie uns, immer mehr Menschen auf die Idee der FAIRCONOMY aufmerksam zu machen. Grundlage dafür ist eine mitgliederstarke INWO. Sorgen Sie für sinnvolles Wachstum – bei uns. Es gibt viele gute Gründe, INWO-Mitglied zu werden.



Wir sind bei der INWO, weil...
wir eine glückliche Familie in einer gerechten Welt sein möchten!
Familie Rau aus Stuttgart

Ich bin bei der INWO, weil...
noch kein Baum in den Himmel gewachsen ist.
Mathias aus Ostbrandenburg



Ich bin bei der INWO, weil...
ich an die Zukunft meiner Kinder denke.
Gudrun aus der Eifel

Ich bin bei der INWO, weil...
Geld schon zu lange die Welt regiert.
Erich aus Rotenburg/Fulda



Ich bin bei der INWO, weil...
Chancengleichheit nicht von selbst kommt.
Jakob aus Basel/Schweiz

Wenn jede(r) unter Familienmitgliedern, Freunden, Nachbarn oder Arbeitskollegen ein Mitglied wirbt, vervielfachen sich unsere Chancen! Noch mehr gute Gründe sind unter <http://www.INWO.de> zu finden.

Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name _____ Straße & Hausnummer _____

Postleitzahl & Ort _____ Telefon & E-Mail-Adresse _____

Per Fax an: (095 02) 92 48 10 oder per Post an:



**INWO Versand
Sambach 180**

96178 Pommersfelden

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift „FAIRCONOMY“.

Ich bin Schüler(in) / Student(in) / Auszubildende(r) / erwerbslos und zahle monatlich nur 2 €.

Ich spende regelmäßig einen zusätzlichen Beitrag von monatlich _____ €.

Ich spende einmalig _____ €.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 100 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.

Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.

Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Kosten für Verpackung & Versand: bis 10 € Bestellwert 1.50 € / ab 10 € Bestellwert frei

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

INWO vor Ort

In zahlreichen Städten und Regionen ist die INWO bereits durch Ansprechpartner oder Regionalgruppen vertreten, die vor Ort für die INWO aktiv sind.

Wenn Sie mitmachen wollen, schreiben Sie einfach eine E-Mail. Wenn Sie einen telefonischen oder schriftlichen Kontakt vermittelt bekommen möchten, Ansprechpartner werden oder eine Regionalgruppe gründen wollen, dann wenden Sie sich bitte an:

INWO Deutschland e.V.
Blasiusstraße 63
40221 Düsseldorf
Tel.: (0211) 30 41 05 (Di.-Fr., 9-11 Uhr)
Fax: (09502) 92 48 10

Ansprechpartner

Aachen@INWO.de, Bayern-Ost@INWO.de
Brandenburg-Ost@INWO.de
Chemnitz@INWO.de, Dortmund@INWO.de
Eichsfeld@INWO.de, Eifel@INWO.de
Essen@INWO.de, Franken@INWO.de
Frankfurt-Oder@INWO.de, Halle@INWO.de
Hannover@INWO.de, Lueneburg@INWO.de
Magdeburg@INWO.de, Marburg@INWO.de
Muenchen@INWO.de, Muenster@INWO.de
Oldenburg@INWO.de, Ostwestfalen-
Lippe@INWO.de, Rheinland@INWO.de
Thueringen@INWO.de, Witten@INWO.de

Regionalgruppen

Berlin
Berliner Initiative Neutrales Geld (BING)
E-Mail: Berlin@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Berlin>

Dresden
AG NWO (Natürliche Wirtschaftsordnung)
E-Mail: Dresden@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Dresden>

Düsseldorf
E-Mail: Duesseldorf@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Duesseldorf>

Frankfurt/Main
E-Mail: Frankfurt-Main@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Frankfurt-Main>

Hamburg
E-Mail: Hamburg@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Hamburg>

Karlsruhe
E-Mail: Karlsruhe@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Karlsruhe>

Köln
E-Mail: Koeln@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Koeln>



Leipzig
Regional- und Hochschulgruppe
E-Mail: Leipzig@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Leipzig>

Nordhessen
Freiwirtschaftliche Initiative Nordhessen (FIN)
E-Mail: Nordhessen@INWO.de
Telefon: (0 66 23) 41 22 8 oder 41 31 8
Infos: <http://www.INWO.de/Nordhessen>

Potsdam
Potsdamer Initiative Neutrales Geld (PING)
E-Mail: Potsdam@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Potsdam>

Stuttgart
E-Mail: Stuttgart@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Stuttgart>

Wuppertal
E-Mail: Wuppertal@INWO.de
Infos: <http://www.INWO.de/Wuppertal>

Die Zinsbombe – eine zündende INWO-Idee

Knapp drei Meter ist das schwarze Ungetüm hoch. Ein Entschärfungskommando sichert den Fundort. Mit Flugblättern wird vor der möglichen Explosion und deren Folgen wie auch der aktuellen Bedrohung gewarnt. Schließlich stellt die Zinsbelastung als zweitgrößter (!) Posten des Bundeshaushaltes schon jetzt ein großes Problem dar. Wie die Bombe entschärft werden kann, wird auf Nachfrage erklärt.

Mit dieser Werbeaktion sind die ehrenamtlichen Aktiven der INWO in ganz Deutschland unterwegs und zeigen ein wesentliches Problem und dessen Lösung auf. Egal, ob auf dem Sozialforum, dem Kirchentag oder in der Fußgängerzone: Die Zinsbombe zieht die Blicke auf sich und macht auf die FAIRCONOMY aufmerksam.

Machen Sie mit!



Die Arbeitsgruppen und Mailinglisten der INWO

Aktiventreffen gibt es in der Regel zweimal pro Jahr. Ansonsten werden die INWO-Projekte per Telefon, E-Mail und Internet weiterentwickelt. Über Mailinglisten sind die Aktiven miteinander verbunden und können sich austauschen. Eine Online-Arbeitsplattform für eine noch leichtere und effizientere Zusammenarbeit ist derzeit im Testbetrieb. Wer mitmachen will, schreibt einfach E-Mail oder meldet sich in der INWO-Geschäftsstelle.

AG Internet

Internet@INWO.de

Die AG Internet ist verantwortlich für die Online-Aktivitäten der INWO: von den Internetseiten, über Newsletter bis hin zur Online-Arbeitsplattform (eGroupware).

AG Jugendprojekte

Jugend@INWO.de

Die AG Jugendprojekte spricht eine neue Zielgruppe der INWO an. Bisher sind die Materialien vor allem für Erwachsene gemacht. Nach und nach sollen Angebote für jüngere Menschen aufgebaut werden.

AG Materialgestaltung

Material@INWO.de

Die AG Materialgestaltung entwirft und überarbeitet die Materialien der INWO.

AG Regionalgruppen

Regional@INWO.de

Die AG Regionalgruppen ist Anlaufstelle für alle, die Ansprechpartner werden oder Regionalgruppen gründen möchten. Sie verknüpft die INWOler vor Ort miteinander und sorgt für den Austausch von Erfahrungen.

AG Zeitschrift

Zeitschrift@INWO.de

Die AG Zeitschrift kümmert sich um die FAIRCONOMY, die gemeinsame Zeitschrift der INWO in Deutschland und der Schweiz.

Nicht nur für die Arbeitsgruppen gibt es Mailinglisten. Eintragungswünsche bitte per E-Mail an Versand@INWO.de senden.

Mailingliste Aktiv

Die Aktiven sind wie oben beschrieben über eine eigene Mailingliste miteinander verbunden. Dort können Sie sich untereinander austauschen, um beispielsweise gemeinsame Aktionen vorzubereiten oder wichtige Terminhinweise weiterzugeben. Alle INWO-Mitglieder, die sich aktiv einbringen wollen, sind aufgerufen, uns Ihre E-Mailadresse zuzusenden!

Mailingliste Regiogeld

Mit Hilfe dieser Mailingliste koordinieren die Regiogeld-Interessierten und -macher unter den INWO-Mitgliedern Ihre Arbeit.

Mailingliste Diskussion

Wer mit Internet-Foren nicht viel anfangen kann oder mit anderen INWO-Mitgliedern einfach noch mehr über die Geld- und Bodenreform diskutieren möchte, ist hier genau richtig.

Außerdem bieten wir weitere Informationen per E-Mail an...

Mitglieder-Newsletter

Sämtliche Mitglieder, die uns Ihre E-Mailadresse mitgeteilt haben, erhalten den Mitglieder-Newsletter. Er wird in der Regel zwischen den Ausgaben unserer Zeitschrift FAIRCONOMY verschickt und enthält zusätzliche, aktuelle Informationen. Außerdem gelangen so eilige und wichtige Informationen wie Einladungen zur Mitgliederversammlung kostengünstig zu den Mitgliedern. Deswegen unsere Bitte an alle Mitglieder: Teilen Sie uns bitte immer Ihre aktuelle E-Mailadresse mit!

FAIRCONOMY-Newsletter

Mit dem FAIRCONOMY-Newsletter informieren wir Interessenten (Nicht-Mitglieder) über die wichtigsten Neuigkeiten in Sachen Geld- und Bodenreform. Unter <http://www.INWO.de> können rechts oben neue E-Mailadressen eingetragen werden.

INWO-Angebote & Service

Neben Öffentlichkeitsarbeit geht es bei der INWO vor allem um Bildung. Wir vermitteln kompetente **Referenten**, die zu verschiedenen Themenschwerpunkten spannende Vorträge halten, an Diskussionen und Konferenzen teilnehmen.

Mehrmals im Jahr veranstaltet die INWO **Seminare**, unter anderem zu unserer Idee der FAIRCONOMY, einer gerechten Wirtschaftsordnung. Dabei stehen Experten wie Helmut Creutz oder Prof. Wolfgang Berger für Fragen zur Verfügung und die Arbeit der INWO wird vorgestellt.

Der INWO-**Versand** bietet eine Vielzahl von Informationsmaterialien an. Von kostenlosen Flyern und günstigem Werbematerial wie Bierdeckel zum Verteilen, über T-Shirts, Broschüren, Hörspiel-CDs und DVDs bis hin zu grundlegenden Büchern.

Die aktiven Mitglieder der INWO bereiten in **Arbeitsgruppen** neue Projekte vor. Dabei werden unter anderem Mailinglisten und eine Online-Arbeitsplattform eingesetzt, um die Aktiven in ganz Deutschland und darüber hinaus zu vernetzen. Mehr dazu oben und unter <http://www.INWO.de/Mitmachen>.

INWO Deutschland e.V.

Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 30 41 05
(Di.-Fr., 9-11 Uhr)
E-Mail: INWO@INWO.de
Internet: <http://www.INWO.de>

INWO Versand

Sambach 180, 96178 Pommersfelden
Telefon: (095 02) 92 47 40
Fax: (095 02) 92 48 10
E-Mail: Versand@INWO.de
Internet: <http://www.INWO.de/Shop>

Flyeraktionen der INWO in Bern

In Anknüpfung an den Flyerevent vom vergangenen Jahr startete die INWO Bern dieses Jahr insgesamt drei Flyeraktionen. Diese fanden am 12. August, 9. September und 7. Oktober statt. Standort war jeweils der Bärenplatz in Bern, direkt vor dem Käfigturm. Hier konnten wir einen kleinen „Marktstand“ mieten und so im historischen Umfeld der Berner Altstadt unser Gedankengut unter die Leute bringen.

Die Ziele der Flyeraktionen waren einerseits neue Mitglieder im Raum Bern anzuwerben und andererseits das Gedankengut der INWO unter die Leute zu bringen. Insgesamt verteilten wir ca. 6000 Flyer. Am Stand waren ausserdem das „Fundament“, verschiedene Ausgaben der r-evolution sowie weiteres Informationsmaterial ausgelegt.

Kontaktaufnahme

Bei jeder Aktion waren wir mit vier bis fünf Leuten vor Ort. Eine Person hütete jeweils den Stand, während die übrigen Helfer die Flyer an die Passanten verteilten. Mit der gezielten Aufnahme des Blickkontakts, einer freundlichen Begrüssung oder einer kurz formulierten Frage (z.B.: „Interessieren Sie sich für das Thema Geld?“) versuchten wir, unsere Flyer den Vorbeigehenden schmackhaft zu machen. Die meisten unter ihnen nahmen sie denn auch wortlos entgegen, während sich andere wiederum freundlich dafür bedankten. Einige, meist ältere Leute blieben kurz nach Erhalt des Flyers oft unvermittelt und mitten auf dem Gehsteig stehen (zum Ärger der nachfolgenden Passanten) und lasen ihn sogleich durch. Mit einem Blick über die Schulter bäugten sie schliesslich den entsprechenden Helfer kritisch: „Was seid ihr für eine Gruppierung?“ Der Helfer: „Wir sind von der INWO.“ Fragender Blick. Nochmals Helfer: „Initiative für eine natürliche ...“. Meist bedankte sich der entsprechende Passant noch vor der vollständigen Aussprache des Namens für den Flyer und ging seines Weges.

Bei uns geht es ums Geld...

Nur einige besonders Interessierte stellten weitere Fragen: „INWO, ist das eine Sekte?“ Etwas ungeschickte Antwort des Helfers: „Nein, bei uns geht es ums Geld“. Darauf der Passant: „Den Sekten geht es auch ums Geld!“ Damit war auch dieses Gespräch beendet. Tatsächlich waren die meisten Passanten gegenüber unserer weitgehend unbekanntem Organisation mit dem langen Namen eher kritisch eingestellt. Einige nahmen sich trotzdem die Mühe und stellten weitergehende Fragen. Daraus entwickelten sich meist lange und intensive Gespräche über Wirtschaft und Gesellschaft. In vielen Fällen lagen die Positionen näher, als zuerst vermutet. Und nicht selten gelang es, den Passanten in seiner Überzeugung, dass in unserem Wirtschaftssystem vieles schief läuft, weiter zu bestärken und ihn zumindest an das Gedankengut der INWO heranzuführen.

Berührungspunkte

Nebst Kontakten mit Einzelpersonen ergaben sich auch neue Berührungspunkte mit anderen Organisationen. Als Beispiel wäre hier die zweite Aktion im September zu erwähnen. An einem Nachbarstand verteilten die Berner Grünen Flugblätter gegen die Verschärfung im Asyl- und Ausländerrecht. Unter den Helfern befanden sich auch prominente Grünen-Politiker. Keine Frage, dass sich unsere Helfer anstrebten, um mit den Leuten vom Nachbarstand ins Gespräch zu kommen. Als Glücksfall erwies sich auch die Kaffeemaschine mit fahrbarem Untersatz, welche eine Firma beim letzten Flyerevent im Oktober direkt neben unserem Infostand aufgebaut hatte. Der Gratiskaffee, der hier verteilt wurde, lud die Leute zum Verweilen ein, was letztlich auch unserem Stand zugute kam.

Rückschau beim Apero

Bereits nach der ersten Flyeraktion im August zeichnete sich ab, dass diese keine relevante Zunahme der Zugriffe auf die Homepage der INWO CH zur Folge hatte. Auch bei den nachfolgenden Aktionen konnte keine solche Zunahme registriert werden. Es stellte sich daher die Frage, ob man sich in Zukunft besser auf andere Tätigkeiten konzentrieren sollte, oder ob die Flyeraktionen allenfalls noch weiteren Nutzen für die INWO stifteten. Dieser Frage gingen wir denn auch anlässlich eines Flyerapero, zu dem alle Helfer eingeladen waren, nochmals intensiv nach.

Auch wenn die Aktionen hauptsächlich zwecks Mitgliederwerbung durchgeführt wurden, so reicht ihr Nutzen doch weit über das abgesteckte Ziel hinaus. So ergaben sich weitere wichtige Kontakte zu anderen Organisationen. Solche Aktionen tragen auch dazu bei, dass die INWO in der Öffentlichkeit als Organisation wahrgenommen wird, die in der herrschenden Geldordnung die Ursachen für viele Fehlentwicklungen in unserem Wirtschaftssystem sieht. Und nicht zuletzt sind solche Auftritte für uns Aktive eine gute Weiterbildungsmöglichkeit.

„Je besser wir wissen, wo genau den Leuten der Schuh drückt, desto besser können wir auch unsere Auftritte und Informationen auf die Bedürfnisse eben dieser Leute ausrichten.“

Die wohl wichtigste Erkenntnis: Ausnahmslos alle beteiligten Helfer hatten beim Verteilen der Flyer viel Spass und würden sofort wieder mitmachen. Insofern stärkten die drei Flyerevents das Zusammengehörigkeitsgefühl in der INWO Bern und schafften so eine gute Basis für weitergehende Aktionen.

Frank Moser



Was, wenn die Zinsen steigen?

Der Kommunismus ist tot, der Kapitalismus ist todkrank

Am Freitag, den 8. Sept. 2006, hielt Alt-Nationalrat Hansjürg Weder anlässlich einer Pressekonferenz der Freiwirtschaftlichen Bewegung Schweiz (FBS) ein Kurzreferat, in dem er unser falsches Bodenrecht und unser falsches Geldsystem zum Thema machte.

Neue Wege sind gefragt. Die heutige Wirtschaft funktioniert als Diktatur – als Herrschaft des Kapitals. Ohne Geldreform und ohne Bodenreform lassen sich die Probleme der Welt nicht lösen, bei uns nicht und in der 3. Welt nicht. Erst wenn Geld- und Bodenbesitz die Besitzer etwas kostet und diese Abgaben der Allgemeinheit zufließen, haben wir eine Wirtschaftsordnung, die in sich gerecht und moralisch einwandfrei und dabei trotzdem wirtschaftlich ist. Sie schaltet Zins und Bodenrente als Quellen unverdienter Bereicherung aus. Gleichzeitig jedoch überlässt sie die Initiative dem Einzelnen. Sie bedeutet weder kommunistische noch sozialistische Zentral- und Planwirtschaft. (...)

Nach Auffassung der Freiwirtschaftler gab es bis heute noch nie eine wirklich freie Marktordnung, weil der Marktmechanismus u.a. durch bestimmte Monopole gehemmt und in seiner ausgleichenden Funktion gestört wird. (...)

Die beiden Grundmonopole sind das Geld und der Boden; wer davon, mehr besitzt, als er benötigt, kann die weniger Begüterten tributpflichtig machen: Ausbeutung wird möglich. Wichtig in diesem Zusammenhang ist nur die Feststellung, dass zwar das gegenwärtige Wirtschaftssystem auf der Marktwirtschaft beruht, sie aber nicht völlig verwirklicht hat (...)

Geld muss, wie alle anderen Güter auch, einem Angebotszwang unterworfen werden. Die Freiwirtschaftler schlagen eine „Nutzungsgebühr“ (auch „Liquiditätsprämie“ oder „Negativzins“ genannt) von ca. 6 Prozent p.a. vor. Damit wird der Geldbesitzer dem Warenbesitzer gleichgestellt. Er wird nicht mehr arbeitsfreies Einkommen erzielen, sondern sein Geld ausgeben oder ohne Zins ausleihen, um den Kosten für die Nutzungsgebühr zu entgehen. Diese Gebühr fließt in die Staatskasse. Sie ist in geeigneter Form der Allgemeinheit zuzuführen. (...)

Damit das Geld aber auch seine Funktion als Wertmassstab und Wertaufbewahrungsmittel erfüllen kann, muss es inflations- und deflationsfrei sein. Dies aber ist Aufgabe der Nationalbank, die durch Beobachtung des Preisindex die Geldmenge dem Bedarf ständig anpasst. So wie ein Meter immer gleich lang und ein Kilo immer gleich schwer zu sein hat, so soll der Franken nach der Geldreform immer gleich kaufkräftig sein.

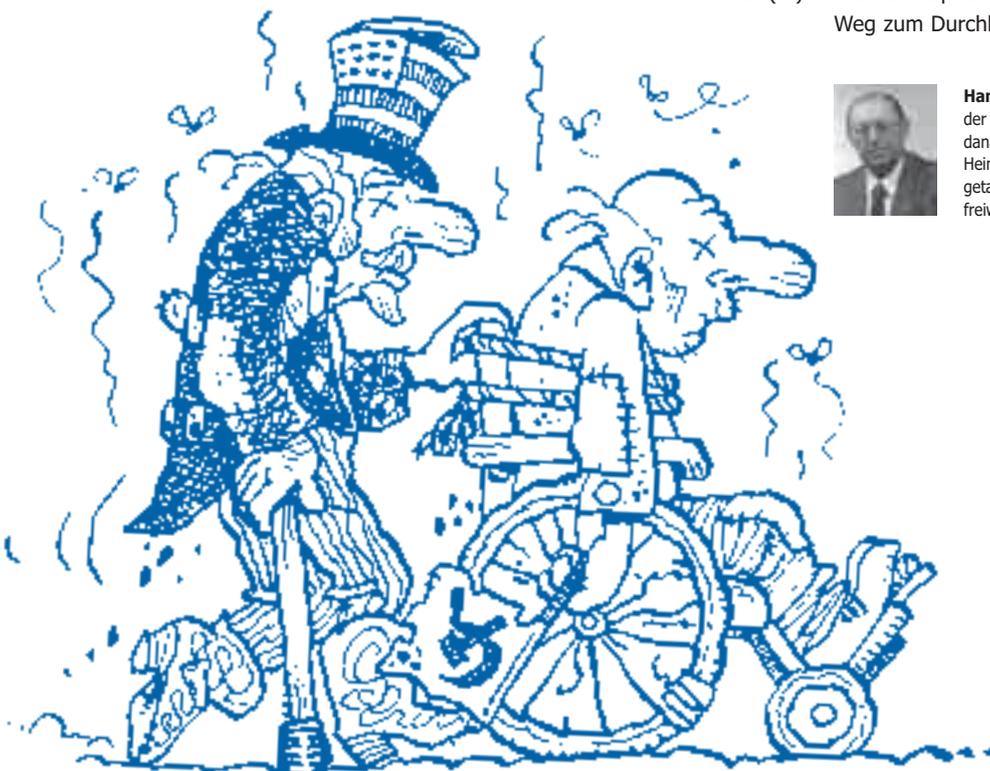
Die Vorteile dieser Art Geldordnung, die hier nur skizzenhaft aufgezeichnet werden können, sind eklatant:

- Einkommen ohne Arbeit aus Zins wird verhindert.
- Die Arbeitenden erhalten ihren vollen Arbeitsertrag.
- Die ungerechte, einseitige Verteilung von Vermögen (und Macht) hört auf.
- Der Zwang zum Wirtschaftswachstum entfällt.
- Umweltschutzprojekte werden wirtschaftlicher.
- Das Geld verliert seine Götzenstellung. (...)

Der Kommunismus ist gestorben, jetzt gilt es den todkranken Kapitalismus zu überwinden und einem neuen Weg zum Durchbruch zu verhelfen.



Hansjürg Weder, Jg. 1928, ehemals Präs. der AKW-Gegner, 24 Jahre Kantonsrat, danach Nationalrat. Präsident des Basler Heimatschutzes, aktiver Tierschützer, Vegetarier. Er gehört zur „alten Garde“ der freiwirtschaftlichen Bewegung Schweiz.



Bildungsprojekt Regio & Co.

Die Menschheit sieht sich im 21. Jahrhundert vor vielfältige Herausforderungen gestellt. Wir brauchen vor allem auch in unseren wirtschaftlichen Grundsätzen eine Neuorientierung. Diese Erkenntnis findet zum Glück auch immer mehr Resonanz in fachlichen Kreisen, was uns in den letzten Jahren eine Fülle von Neuerscheinungen kapitalismuskritischer Bücher beschert hat. Mittlerweile gibt es speziell auch im deutschsprachigen Raum eine ganze Reihe alternativer Ansätze, Projekte und Initiativen, die sich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft einsetzen. Silvio Gesell kann vor diesem Hintergrund als ein visionärer Vordenker begriffen werden, der in der Kritik am kapitalistischen (Geld-)Wirtschaftssystem zunehmend aus ganz unterschiedlichen Richtungen Unterstützung erhält, je mehr das Zerstörungspotential des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu Tage tritt. Weshalb ist dennoch die Ansicht nach wie vor verbreitet, dass es zum heutigen System keine Alternative gibt?

*Eine andere Welt ist nötig
Eine andere Welt ist möglich
Eine andere Welt hat schon begonnen*

Das Projekt „Regio & Co.“ unter der Leitung von Birgit Wasser, Firma „wasser im fluss“ (St. Gallen), hat sich zum Ziel gesetzt, die verstreuten Kräfte der verschiedenen alternativen Wirtschaftsansätze zu bündeln und die Synergieeffekte für ihre Vertreter/innen nutzbar zu machen. Im Zentrum des Bildungsprojekts steht die Förderung von vernetztem Denken und Handeln als Voraussetzung zur Gestaltung einer solidarischen Wirtschaft. Am 16. und 17. Juni diesen Jahres startete „Regio & Co.“ mit einem ersten Kolloquium in Basel, zu dem Aktive der verschiedenen theoretischen Richtungen und Projekte eingeladen wurden. Am 13. und 14. Oktober fand das zweite Kolloquium statt, bei dem die feministische Ökonomie (Referentinnen: Prof'in. Dr. Maria Mies, D und Dr. Ulrike Knobloch, CH), die Regiogeldinitiativen (Ralf Becker, D), die assoziative Wirtschaft nach Rudolf Steiner (Jens Martignoni, CH) und die ökologische Ökonomie (Dr. Fritz Hinterberger, A) vorgestellt wurden. Anschliessend wurden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen wirtschaftlichen Alternativen

besprochen. Die INWO-Schweiz war bei beiden Kolloquien ebenfalls vertreten. Das dritte Kolloquium wird das Thema „Grundeinkommen“ behandeln.

Die Teilnehmenden der Kolloquien wünschen, den begonnenen Austausch engagiert fortzusetzen. Der Austausch von Wissen und die Vernetzung könnten zusätzlich auf einer gemeinsamen Internetplattform stattfinden. Damit würde sich weiteren Interessierten die Gelegenheit bieten, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Die Kenntnis der verschiedenen Richtungen und der Austausch im direkten Gespräch sind die Voraussetzung dafür, Differenzen nicht stärker zu gewichten als die gemeinsamen Ziele und so eine breite Basis für eine Verwirklichung zu schaffen.

Für 2008 ist eine schriftliche Dokumentation der Ergebnisse aus den Kolloquien geplant, die in Form eines breitenwirksamen Buches veröffentlicht werden soll. Tagungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz sollen die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren und die Arbeit des Bildungsprojekts einem grösseren Publikum vorstellen. Die INWO-Delegation (Pierre Güntert, Präsident INWO Schweiz und Sabine Heusser Engel, Mitarbeiterin INWO Schweiz) hofft, dass der Austausch in der Inten-



Einladung der INWO Schweiz zur ökonomischen Lesegruppe

„Verstehen um zu verändern“

Die INWO Schweiz organisiert ab Januar 2007 in Zürich eine offene ökonomische Lesegruppe „Verstehen um zu verändern“. Bei den monatlichen Treffen soll ein Überblick über die wirtschaftstheoretischen Klassiker von Adam Smith bis heute gewonnen werden. Auch alternative Theorien wie Silvio Gesells Freiwirtschaftliche Theorie und Rudolf Steiners Soziale Dreigliederung kommen

zur Sprache. Im Jahr 2008 wollen wir neue alternative Ansätze ins Zentrum stellen und einzelne Autor/innen zu Podiumsgesprächen einladen. Für alle Interessierten: Informationen und Anmeldung zum ersten Treffen am 26. Januar auf www.inwo.ch.

Die Regiogeldbewegung gewinnt an Fahrt

Über 300 Besucher aus 18 Ländern tauschten sich Ende September auf der wissenschaftlichen Fachtagung „Monetäre Regionalisierung“ und dem nachfolgenden 4. Regiogeldkongress in Weimar über Regionalwährungen als Beitrag für eine endogene Regionalentwicklung aus. Was tut sich in der Regiogeldbewegung?



Prof. Margrit Kennedy, engagierte Fürsprecherin der Regiogelder

Wirtschaftswissenschaftler, Vertreter von Regiogeldinitiativen und Sozialverbänden waren ebenso anwesend wie Bundespolitiker und Finanzexperten. Erstmals beschäftigten sich auch prominente Politiker mit der Frage, welche Rolle Regiogeld für den Wirtschaftsaufschwung einer Region spielen kann. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (B90/Grüne) versprach, Regiogeld in Berlin verstärkt zum Thema zu machen und die Einrichtung von Modellregionen zu unterstützen, in denen die Alternativgelder systematisch getestet und analysiert werden können.

Kritische Auseinandersetzung

Dabei gehörte das Podium nicht nur den Anhängern des Regiogeldes. Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Wolfgang Cezanne von der BTU Cottbus steht den Regiogeldern kritisch gegenüber. Der Nutzen für die Region sei, bei den relativ kleinen Geldmengen, noch nicht

erkennbar. Grundsätzlich befürwortet er jedoch Alternativwährungen, die in einem gesunden Wettbewerb mit den bestehenden Nationalwährungen stehen sollten. Zustimmung fand er von Gerhard Rösl, Professor an der FH Regensburg und vormalige Komplementärwährungsexperte bei der Deutschen Bundesbank. Rösl bescheinigt

dabei den nicht am Euro angeschlossenen Zweitgeldern einen größeren ökonomischen Effekt.

Ein gemeinsamer Nenner wurde trotz der vielen unterschiedlichen Sichtweisen gefunden. Die Regionalwährungen leisten einen Beitrag zum Währungswettbewerb. Damit könnte das von Hayek entwickelte Modell der „Entnationalisierung des Geldes“ perspektivisch zur Realität werden. Der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Henning Osmers empfahl ausdrücklich die Schaffung des rechtlichen Rahmens, um die alternativen Zahlungsmittel zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Wissen vertiefen

In einer umfangreichen Vorstellung der Regiogelder erhielten die Besucher einen Überblick über die Regionen, in denen Regiogeldinitiativen aktiv sind, und darüber, wie diese Regiogelder konstruiert sind. In über 40 Workshops konnten die Informationen und

das Wissen vertieft werden. Besonders gut besucht waren z.B. die Themen, wie man Regiogeld den Menschen nahe bringt, die Regiogeld-Ökonomie sowie die Expertenrunde zum Regiogeld und der Rolle der Banken. Reges Interesse fanden auch die Gruppen, die sich mit den Fragen beschäftigten, ob nachhaltige Systeme dezentral sind, wie ein zukunftsfähiges Geld gestaltet ist und wie sich Regiogeld und Barterssysteme sehen und begegnen.

Erstmals war die Ausstellung „Regiogelder im deutschsprachigen Raum“ im Hauptgebäude der Bauhaus-Universität zu sehen. Ein abendliches „Moneyfest“ ließ die Teilnehmer noch näher zusammenkommen. Den Regiogeldkongress begleiteten Präsentationsstände verschiedener Initiativen, die die Regiogeldbewegung unterstützen. Der Stand des Regiogeldverbandes und der INWO-Stand befanden sich in unmittelbarer Nachbarschaft. Die internationale Tagung „Monetäre Regionalisierung“ und der 4. Regiogeldkongress wurden von der Regionalberatungsagentur REGIOprojekt e.V. zusammen mit der Bauhaus-Universität Weimar und dem Regiogeld e.V. ausgerichtet.

Euro- oder leistungsgedeckt?

Gegenwärtig gibt es unterschiedliche Formen von Regiogeldern. Zum einen gibt es Regiogelder, die durch den Umtausch von Euro und deren Hinterlegung funktionieren. Bekannte Vertreter dieser Regiogelder sind der „Chiemgauer“ und der „Berliner“. Daneben gibt es Regiogelder, die aufgrund von Leistungsvereinbarungen mit den teilnehmenden Unternehmen in Umlauf gebracht werden. Zu diesen Regiogeldern gehören der „UrstromTa-

ler" und die „Havelblüte“.

Zwischen diesen beiden Möglichkeiten gibt es Regiogelder, die eine Kombination zwischen den beiden vorstehenden Varianten beinhalten. So beim „Sterntaler“ und der „Reinstädter Landmark“.

Erkennbar wurde auf den Veranstaltungen in Weimar, dass sich gegenwärtig eine Entwicklung der Regiogelder hin zu einer Leistungsdeckung und damit höheren Unabhängigkeit vom Euro vollzieht. Auch Kritiker erkennen an, dass mit einer solchen Systemarchitektur des Regiogeldes wieder Geschäfte zwischen regionalen Akteuren möglich werden, die durch fehlende Euros nicht zustande kommen können.

Darüber hinaus erweitert eine Leistungsdeckung die Möglichkeiten des Regiogeldes im Bereich der Kreditvergabe und der Schaffung bargeldloser Verrechnungssysteme. So erfolgt die Entwicklung und Einführung bargeldloser Verrechnungssysteme in Kooperation mit Initiativen in den Niederlanden, in der Schweiz und in Österreich. In Deutschland arbeitet die GLS-Bank gemeinsam mit dem „Chiemgauer“ an der Umsetzung eines elektronischen Regiogeldes.

Regiogeld in aller Munde

Die Entwicklung der Regiogeld-Landschaft lässt erkennen, dass sich der Trend zu einem nachhaltigen regionalen Wirtschaften fortsetzt und die Akzeptanz der REGIOs steigt. In seiner aktuellen Ausgabe hat der Duden die Erweiterung der deutschen Sprache um den Begriff „Regionalwährung“ aufgenommen. Dies widerspiegelt, dass Regionalwährungen mittlerweile in fast aller Munde sind. Einer der diesjährigen RIO-Awards, dem sog. Oscar der Nachhaltigkeit, ging in der Kategorie „ressourceneffiziente Regionen“ an den „Chiemgauer“. Damit würdigte die Jury, bestehend aus Vertretern von Universitäten, Wirtschaftsverbänden und der beiden Wirtschaftsministerien Deutschlands und Österreichs, das Austarieren der Globalisierung mit den vom Regiogeld ausgehenden Impulsen für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Auch das Fernsehmagazin Plusminus berichtete wiederholt über das erfolgreiche Regiogeldprojekt aus dem Chiemgau.

In Sachsen-Anhalt wurden bei dem dortigen Regiogeld „UrstromTaler“ die ersten zinsfreien Darlehen in Regiogeld zur Mitfinanzierung des Ausbaus eines Gebäudes und der Installation einer Solaranlage vergeben. Der „Volmetaler“ in Hagen macht durch seine auf das Regiogeld abgestimmten Marketingmaß-

nahmen Schlagzeilen und gewinnt in der Bevölkerung immer größere Akzeptanz. In Österreich fördert das Wirtschaftsministerium in den nächsten zwei Jahren die Initiative „Waldviertler“ personell und finanziell. Großes Medieninteresse bis hin zum regionalen Fernsehen hat die „Havelblüte“ in Potsdam geweckt. Dort wurde die ört-

liche Fachhochschule an der Kreation der Geldscheine beteiligt. Zur Präsentationsveranstaltung konnten durch diese Kooperation regionale MultiplikatorInnen aus Politik und Gesellschaft gewonnen werden. Der Verein STAR e.V., Herausgeber des Sternalters, hat in diesem Jahr eine Unternehmerbefragung durchgeführt. Wichtige Ergebnisse: der Sterntaler beschafft Neukunden, er ist ein Plus für die regionale Wirtschaft, bedeutet nur geringen oder gar keinen Aufwand, bietet STAR-Partnern ein Top-Preis-Leistungsverhältnis und baut ein Netzwerk der Mitglieder auf.

Der Regiogeld e.V.

Aus dem ursprünglich gebildeten Regionetzwerk ist Anfang 2006 der „Regiogeld e.V. - Verband der Regioninitiativen“ entstanden. In ihm haben sich 18 laufende Regiogelder, 20 Initiativen und bereits zahlreiche Förderer der Idee aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammengefunden. Gemeinsam entwickeln sie mit dem Fachkompetenznetzwerk und dem Netzwerk der Nachwuchswissenschaftler die unterschiedlichen Regiogeldsysteme weiter. Alle Mitglieder des Regiogeldverbandes verbinden die vereinbarten Wertestandards. So wird unter anderem angestrebt, dass Regiogelder einen Gewinn für die Gemeinschaft bringen, regionale Wirtschaftskreisläufe gebildet werden und die Neutralität des Verrechnungsmittels durch geeignete Instrumente gewährleistet wird.

Kern der Zusammenarbeit ist die Vernetzung der Regiogeldakteure und die Dokumentation von Umsetzungsschritten. Hierzu gibt es innerhalb des Verbandes Mailinglisten, Newsletter und ein Handbuch zur Nutzung. Regelmäßige Treffen fördern die persönlichen Kontakte zwischen den Initiatoren in den Regionen.



Der UrstromTaler, Beispiel eines leistungsgedeckten Regiogeldes

Der Regiogeld e.V. hat drei Arten von Mitgliedern. Es gibt die emittierenden Initiativen, die bereits Regiogeld herausgeben. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 20 € pro Monat oder das Äquivalent in Regios. Dann gibt es die startenden Initiativen, die die Herausgabe eines Regiogeldes vorbereiten. Der Mitgliedsbeitrag für die startenden Initiativen beträgt 15 € pro Monat. Die dritte Art von Mitgliedern sind die Förderer. Als Förderer unterstützt man die Arbeit des Verbandes durch einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von mindestens 10 €. Der Verband vermittelt weiterhin Referenten zu den Themen des Regiogeldes. Das nächste Vernetzungstreffen des Regiogeldverbandes findet vom 16.-18. Februar 2007 in Hagen statt. Interessierte sind von den Veranstaltern herzlich eingeladen.

Kontakt Daten der Geschäftsstelle:

Geschäftsstelle Regiogeld e.V.,
Olvenstedter Str. 10, 39108 Magdeburg
Telefon: 0391 / 52 08 94 69
Fax: 0391 / 5 41 52 70
Mobil: 0151 / 17 27 50 25
www.regiogeld.de
service@regiogeld.de



Frank Jansky, Jg. 1967, ist ausgebildeter Maschinenbauer, Staatswissenschaftler und Volljurist und seit 1998 als Rechtsanwalt tätig. Er ist schon einige Jahre in der Regiogeldbewegung aktiv und seit 2004 Mitinitiator des UrstromTalers in Sachsen-Anhalt. Er gehört dem Vorstand des Regiogeldverbandes an.

Petition vom Deutschen Bundestag abgelehnt

Gerechtere Verhältnisse in unserem Lande zu schaffen, das war das Anliegen der finanzpolitischen Petition, die Adolf Holland-Cunz im Herbst letzten Jahres auf den Weg brachte. Der Bundestag hat sie am 21. September 2006 beraten und abgelehnt. Leider wurde sie stellenweise fehlinterpretiert, wie aus der hier leicht gekürzt wiedergegebenen Begründung hervorgeht.

Mit der Petition wird eine gesetzliche Regelung gefordert, mit der Artikel 14 Abs. 2 Grundgesetz („Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“) besser zur Geltung verholfen werden soll, indem die durch Guthabenzinsen bedingte Umverteilung von Arm zu Reich z. B. durch eine konstruktive Umlaufumsicherung gestoppt werde.

Die Regelung solle innerhalb von zwei Jahren geschaffen werden. Der Petent führt an, dass der Deutsche Staat 1,4 Billionen Euro Schulden habe und dafür 80 Milliarden Euro Zinsen zahlen müsse. Die Wirtschaft habe noch einmal doppelt so viele Schulden, auch immer mehr private Haushalte seien überschuldet.

(...)

Jährlich würden über 300 Milliarden Euro [an Zinsen] von den Arbeitenden zu den Besitzenden wandern. Da die Zinsen von allen über die Preise und über die Steuern gezahlt würden, und die Eigentümer großer Anlagevermögen bedient würden, sei dies eine Umverteilung von unten nach oben, die durch die Einkommensteuerprogression und durch die Zinsabschlagsteuer nicht ausgeglichen würde. Im Ergebnis verletze das Zinssystem das Grundgesetz, da es eine Minderheit fördere und die Allgemeinheit schädige. (...)

Die Eingabe wurde von 2924 Mitzeichnern im Internet unterstützt. 70 Mitzeichner haben die Eingabe per Post unterstützt. Im Internetforum hat sich zunächst eine weitgehend sachliche und kontroverse Diskussion mit insgesamt 1332 Diskussionsbeiträgen entwickelt. (...)

Der Petitionsausschuss kann der Eingabe nicht entsprechen. Das BMF [Bundesministerium der Finanzen, d. Red.] führt in seiner Stellungnahme aus, dass die gemachten Angaben zur Verteilung der Zinseinnahmen

nicht für Aussagen zur „Umverteilung“ herangezogen werden könnten, die durch das Zinssystem induziert würde. Mit Ausnahme der Finanzierung der Zinsausgaben der öffentlichen Hand seien keine Angaben zur Verteilung der Zinsausgaben gemacht worden, mithin handle es sich um eine Bruttobetrachtung.

Die Bedeutung des Zinses für die Funktionsfähigkeit der Märkte werde zudem unterschätzt. Zinsen würden als Verbindungsglied zwischen Gegenwart und Zukunft fungieren. Der Zins sei ein Preis für die zeitweise Überlassung des knappen Gutes Geld und der daraus resultierenden Kaufkraft. Damit würde die Präferenz des Kreditnehmers für vermehrte Konsum- oder auch Investitionsmöglichkeiten in der Gegenwart gegenüber den verminderten Verfügungsmöglichkeiten über sein Einkommen in der Zukunft bepreist. In der ökonomischen Theorie würde der Zins daher auch als „Zeitpräferenzrate“ bezeichnet. Privaten Haushalten würde ermöglicht, die Ausgaben flexibel in der Zeit zu verteilen, und daneben könnten Unternehmen Kredite für Investitionen tätigen, deren Erträge wiederum zur Rückzahlung der Zinsen verwendet werden könnten.

Der vom Petenten vorgeschlagene Versuch, in dieses System durch Abschaffung der Guthabenverzinsung (bei Einführung einer konstruktiven Sicherung des Geldumlaufs) einzugreifen, würde im Ergebnis die optimale Allokation des Kapitals verhindern. Nur durch die preisliche Regulierungsfunktion des Marktes könnten die angemessenen Prämien für Konsumverzicht, Risiken und mögliche Erträge bestimmt werden. Im Falle politischen Eingreifens bestünde die Gefahr der Bildung von Schwarzmärkten, denen insbesondere Personen mit geringerem Vermögen, die vom Petenten besonders geschützt

werden sollen, ausgeliefert wären.

Das BMF weist darauf hin, dass der Politik für den Fall des Wunsches nach einer über das bestehende Maß hinausgehenden Umverteilung besser geeignete Maßnahmen zur Verfügung stünden, die an den Funktionsweisen der Märkte orientiert seien.

Soweit der Petent die hohe Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte anspricht, könnte dieser nur durch eine nachhaltige Konsolidierung begegnet werden. (...)

Zusätzlich ist (...) anzuführen, dass angesichts der globalen Verflechtung der Geld- und Finanzmärkte und angesichts der europäischen Geld- und Währungspolitik ein nationaler Vorstoß Deutschlands im Sinne des Petenten aussichtslos und ein nationaler „Alleingang“ Deutschlands nicht vorstellbar ist. Im Ergebnis kann der Ausschuss keine parlamentarische Initiative im Sinne des Petenten in Aussicht stellen. Er empfiehlt deshalb, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden kann.



Pressekonferenz des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages

Der vollständige Wortlaut ist unter <http://www.bundestag.de>, Petitionsausschuss, öffentliche Petitionen, abgeschlossene Petitionen nachlesbar. Kontakt mit dem Petenten über: adolf.holland-cunz@web.de

Geldreform ist wählbar

Die Humanwirtschaftspartei schaffte bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl 2006 erstmals den Sprung auf die Wahllisten der Hauptstadt. Mit viel „Power“ führte die freiwirtschaftliche Partei einen engagierten Wahlkampf.



Die Zinsbombe fordert erste Opfer: Mit einem Die-In vor dem Roten Rathaus machen einige BINGER und Humanwirtschaftler auf die Gefahren in unserem Geldsystem aufmerksam.

Die Partei konnte 1.399, d.h. 0,1% der Zweitstimmen auf sich vereinigen. Das Ergebnis riss wohl nur wenige vom Hocker, aber der Wahlkampf hat die Geld- und Bodenreformbewegung reicher gemacht - um viele Freunde und wertvolle Erfahrungen.

Mit der Entscheidung, bei der Abgeordnetenhauswahl anzutreten, betrat der Bezirksverband Berlin der Humanwirtschaft völlig neues Neuland. Die 20 lokalen Mitglieder gingen ohne Wahlkampf Erfahrung und mit einer praktisch unbekanntem Partei an den Start.

Powerstage

Um Verbündete zu gewinnen, wurde eine Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen: die „Powerstage“. Ein knappes Dutzend Organisationen, die mit der Freiwirtschaft sympathisieren, stellten sich hier mit Vorträgen und anschließenden Diskussionsrunden einem interessierten Publikum vor. Prof. Dr. Johannes Heinrichs, der Gründer des Netzwerks für Viergliederung der Demokratie, bot sich dabei spontan als Spitzenkandidat an.

Die Viergliederer trugen daraufhin mit enormem Engagement dazu bei, dass Anfang Juli 2.550 Unterschriften beim Wahlleiter eingereicht werden konnten, womit der Listenplatz gesichert war. In der verbleibenden Zeit bis zur Wahl versuchte sich die Partei durch un-

konventionelle Aktionen von der etablierten Konkurrenz abzuheben. Es gab u.a. eine „Weltrettungsparty“ mit Berliner Livebands, ein Straßentheater zog nahezu täglich durch die Stadt, im Hintergrund des Fernsehspots (<http://www.humanwirtschaft-berlin.de/material>) lief der eigens produzierte Rapsong „Lasst das Geld frei“.

Aufbruchstimmung

Natürlich wurden einige Fehler gemacht, vor allem in der Planung und im Detail. Bauchschmerzen verursachte auch, dass der Spitzenkandidat schwerpunktmäßig seine Idee der Viergliederung bewarb, die im Nachhinein als schwer vermittelbar eingestuft werden muss.

Sehr effektiv waren hingegen die Zinsbomben-Aktionen. Die Zusammenarbeit mit einigen Mitgliedern der Berliner INWO-Gruppe BING hat auf beiden Seiten positive Energien freigesetzt und der BV Berlin ist mit sieben neuen Mitgliedern um 30% gewachsen. Die Erfahrungen werden derzeit aufbereitet, so dass künftige Wahlkämpfer davon profitieren können. Es herrscht Aufbruchstimmung.

Stephan Kundinger

Lasst das Geld frei

Die Ware Mensch lässt sich gut verkaufen,
im Angebot hat man sich schnell verlaufen,
doch bedenke, Wasser ist weich
und man kann trotzdem drin ersaufen,
ein ganzer Haufen macht die Masse,
die ersetzt das Individuelle,
der Trend bestimmt die Welle
und schon schwimmst du mit dem Strom auf
der Stelle,
schön verziert wird Dir propagiert,
wer nicht giert verliert, versiert,
„erträgst'n“ ist das Motto, bis er kommt
der Sechser im Lotto.

Doch egal in welche Reihe du dich stellst,
die Sicht ist echt schlecht und es ist heiß
in der Wirtschaftshölle,
betäubt durch Konsumfülle,
was ist Kern, was ist Hülle,
geschickt mit viel Trick ist es gebrochen dein
Genick,
das Codewort ist Bequemlichkeit
und schon bist Du angeschissen bis in alle
Ewigkeit.

Wir sind doch schon längst erkannt
anhand der Studien angewandt.

Talktäglich in der Rotation,
keiner ist glücklich, doch was macht das schon,
denn Frustration gehört schon längst zum guten
Ton.

Herr und Frau Wichtig hacken ein auf Herrn und
Frau Nichtig.

Frei heißt hier meldepflichtig,
hinsichtlich dieser Wahl deutlicher Doppelmoral
verzicht ich, und das mal richtig.

Scheiße verkauft man Dir als Hauptgewinn.

Wo geht's denn hin?

Ist doch egal - Hauptsache Du bist in.

Lasst das Geld frei
Aus den Ketten der Gier
Geld arbeitet nicht
Die Arbeit tun immer noch wir
Geld arbeitet nicht

Lyrics: Idil Baydar & Johannes Brandrup,
Infos unter: www.lasst-das-geld-frei.de

Kontroverse um die Geldschöpfung

Geld machen – wenn schon wir selbst es nicht können, können es denn andere? Der Titel lautete zwar etwas anders, aber faszinierend ist dieses Thema offenbar immer wieder. Um die 60 Interessierte beteiligten sich an der kontroversen Diskussion. Sie verlief trotzdem in konstruktiver und freundlicher Atmosphäre.



Die Spannweite war groß: Im ersten Vortrag stellte Prof. Rühmann die Sicht der Mainstream-Ökonomie dar. Die Geldmenge M1 (Bargeld und Sichtguthaben, die zur bargeldlosen Zahlung verwendet werden können) ist etwa fünf Mal so groß wie die emittierte Zentralbank-Geldmenge M0. Der Mainstream geht davon aus, dass die Geschäftsbanken durch die Vergabe von Krediten zusätzliches Geld in Form von Buchgeld schöpfen können. Dies geschieht nach Prof. Rühmann jedoch innerhalb der Grenzen, die z.B. durch die Mindestreserve-Vorschriften und die Verschuldungsbereitschaft der Kunden gesetzt sind. Rühmanns These: Die Giralgeldmenge spielt in den heutigen geldpolitischen Strategien der Zentralbanken eine geringere Rolle, dagegen werden die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft und gleichzeitig die Leitzinsen als Einflussfaktor stärker gewichtet.

Einen Gegenpol bildete die Darstellung von Helmut Creutz: "Eine Bank kann nicht mehr Kredit geben, als sie selbst erhalten hat", zitierte er aus dem Buch "Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung" von Martin Scheytt. Würden die

Banken tatsächlich ohne Einlagen Kredite schöpfen, wäre das Betrug und eine Sache für den Staatsanwalt. Für Creutz hängt das wachsende Gesamtkreditvolumen mit den wachsenden Geldvermögen zusammen, nicht mit der Zahlungsmittelmenge.

Prof. Bernd Senf betonte in seinen Ausführungen wiederum die Möglichkeit der Giralgeldschöpfung in der Kreditvergabe der Geschäftsbanken. Aus dem Nichts geschöpftes Geld werde zu Forderungen an Schuldner, immer gekoppelt mit dem "Dreispiß" Zins, Tilgung, Besicherung. Wenn der Kredit nicht mehr bedient werden kann, greift die Gläubigerbank auf die Sicherheiten zu.

Den Kontrapunkt setzte Gerhard Waterstradt, Vorstandsmitglied der GLS-Gemeinschaftsbank, mit seiner Beleuchtung der Arbeit der GLS-Bank. Am Beispiel der sehr komprimierten Auflistung der Aktiv- und Passivseite dieser "großartigen kleinen Bank" konnte immerhin ein Fazit gezogen werden: Die GLS-Bank hat jedenfalls nicht im großen Stil die Möglichkeit, Kreditzusagen ohne entsprechende Einlagen zu machen. Das Kreditgeschäft ist laut Waterstradt auch nicht der ertragreichste Geschäftszweig einer Bank. Das ließ in der anschließenden Diskussion die Vermutung aufkommen, Zinseinnahmen aus der Vergabe aktiv geschöpften Giralgeldes könnten in frisierten Bankbilanzen verschwinden.

Übereinstimmung bestand in einem Punkt: Eigentlich sind für eine fruchtbare, weiterführende Diskussion absolut klar definierte Begriffe vonnöten, deren Definition von allen Beteiligten anerkannt und in der Diskussion im Bewusstsein gehalten wird – eine wirklich schwierige Aufgabe!

Auch der Schlussvortrag von Bernd Striegel spornte zur Begriffsklärung an. Für ihn wird der Geldbegriff sehr vernachlässigt. Er wer-

de ausgedehnt auf Giralgeld, das nur "eine eigentumsrechtliche Forderung auf die Lieferung von (echtem) Geld" sei. Statt auf die (eigentums-)rechtlichen Voraussetzungen von Geld zu schauen, werde weiter das Tauschparadigma gepflegt. Geld ist laut Striegel aber nicht aus dem Tauschhandel heraus entstanden, sondern als Repräsentant beliebigen Eigentums. Ohne Verschuldung gäbe es kein Geld.

Vielleicht ist neben der klaren Definition der Begriffe für das tiefere Verständnis der Geldproblematik auch die Klärung wichtig, wie Geld überhaupt in die Welt gekommen ist bzw. kommt.

Alwine Schreiber-Martens und Beate Bockting

Neues Internet-Forum „Tagung nach der Tagung“

Mit seinem "NWO-Forum" bietet Anselm Rapp schon lange eine Informations-Plattform zur Geld- und Bodenreform im Internet. Unter dem Titel "Tagung nach der Tagung" hat er nun eine Idee von Fritz Andres umgesetzt: Bei vielen TeilnehmerInnen von Seminaren und Tagungen besteht auch (oder erst recht) nach der Veranstaltung Bedarf zum Gedankenaustausch. Das Medium Internet bietet die Möglichkeit zur weiteren Diskussion mit anderen Interessierten, auch wenn diese weit verstreut wohnen.

Die Geldschöpfungs-Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft bildet den Anfang. Neben anderen Beiträgen finden Sie unter der Adresse <http://www.nwo.de/phpbb2/index.php> auch den kompletten Tagungsbericht von Alwine Schreiber-Martens und können dazu online Stellung nehmen. Lassen Sie sich registrieren, loggen Sie sich ein - und die Diskussion kann beginnen!

Buchvorstellung



Christian Felber:
50 Vorschläge für eine gerechtere Welt. Gegen Konzernmacht und Kapitalismus.

Wien: Deuticke 2006,
334 S., 19,90 €,
ISBN 3-552-06040-5

Der 1972 geborene Christian Felber, Mitbegründer von Attac Österreich und seit 1996 freier Publizist und Autor, macht gleich 50, in 18 Kapiteln zusammengefasste Vorschläge für eine gerechtere Welt. Das deutet darauf hin, dass es offenbar eine ganze Menge zu bedenken und letztlich auch zu tun gibt. Dass nicht alle der vorgeschlagenen Therapiemaßnahmen miteinander kompatibel sein müssen, dürfte dabei einleuchten. Die vier Seiten umfassende Einleitung ist mit der Frage „Was ist Globalisierung?“ überschrieben. Was den im Untertitel des Buches kritisierten Kapitalismus im Kern denn eigentlich ausmacht, wird hingegen leider nicht dargestellt.

Felbers erstes Kapitel fordert eine Bändigung der Finanzmärkte. Dazu verlangt er ein neues Bretton Woods. Erwähnt werden nicht nur die Konstruktionsfehler des alten, zusammengebrochenen Bretton-Woods-Systems, sondern auch der 1944 leider abgelehnte Bancor-Plan von Keynes, der sehr wahrscheinlich inspiriert war durch die „Internationale Valuta-Assoziation“ (IVA) von Silvio

Gesell. Keynes' von Felber als revolutionär bezeichnetes internationales Verrechnungssystem sah nicht nur Zinsen auf Kontoüberziehungen vor, sondern auch Negativzinsen in gleicher Höhe und Staffelung auf Bancor-Guthaben. Weltschuldenkrise und Dollarübermacht hätte man so vermeiden können. Felber bezeichnet den Keynesplan als genial und plädiert für dessen Umsetzung, „abgesichert“ durch Kapitalverkehrskontrollen.

Das zweite Kapitel ist überschrieben mit dem Imperativ „Zinsen runter!“. Felber zeigt auf, wem hohe und wem niedrige Zinsen nützen. Dass nicht so sehr die Höhe der Staatsschulden das Problem ist, sondern vielmehr die Höhe der Zinsen. So ansprechend und überzeugend diese Analyse vorgetragen wird - übrigens ohne auch nur einen einzigen Verweis auf Literatur der NWO-Bewegung bzw. ihr verwandte Autoren -, so enttäuschend ist der Therapievor-schlag: Felber will die Problematik steuerlich lösen, was nicht funktionieren kann. Schlimmer noch: Felber unterstellt, irgendwer wolle die Zinsen „abschaffen“, was dann zu fatal hohen Wachstumsraten der Wirtschaft führen würde. „Schwundgeld“ bzw. eine „Schwundgebühr“ wäre laut Felber „eine regelrechte Wachstumspeitsche“, was längst widerlegt ist. Diese Einseitigkeit der Darstellung ist ärgerlich, zumal in anderen Kapiteln die Pros und Contras diverser Therapievor-schläge in aller Ausführlichkeit aufgeführt werden,

z.B. beim Thema Mikrokredite (S. 111ff.). Bei Vorschlag 27 (Land-reformen) beschränkt sich Felber auf die Forderung nach „Umverteilung von Land“ und die „globale Ächtung von Großgrundbesitz“. Dass es Konzepte eines sozialen Boden- und Rohstoffrechtes gibt, die allen Menschen gleichberechtigten Zugang zu Wasser, Boden- und Bodenschätzen sichern können, ist Felber offenbar noch nicht bewusst. Die Ressourcen werden an anderer Stelle (Vorschlag 11: globales Management der Rohstoffpreise) erwähnt, was ein wenig nach Planwirtschaft klingt, die Felber auf S. 323 aber kritisiert mit einem Zitat von Jakob von Uexküll: „Die 51 größten Planwirtschaften sind Konzerne, erst dann kommt Kuba.“ Immerhin wirft Felber die Frage auf, ob Rohstoffe denn nicht „globale öffentliche Güter“ seien, die allen gehören.

Es wäre schön, wenn diesem Aufruf zum Nachdenken in der alternativen Szene endlich vermehrt Folge geleistet würde. Insgesamt

betrachtet sind manche Kapitel in Felbers Buch recht anregend. Hier ist das Kapitel über soziale Sicherheit zu nennen. Oder die Ausführungen über die Ausgestaltung des Patentschutzes. Wer sich nicht an manchen recht zentralistisch anmutenden Forderungen, diversen Widersprüchen oder teilweise einfach zu allgemeinen und zu wenig durchdachten Darstellungen (Beispiel: die Abschnitte „Grundsicherung: Null Armut“, „20-Stunden-Woche“, „Moderne Allmenden“) stört, der ist mit diesem Buch wesentlich besser bedient als mit manch anderem globalisierungskritischen Wälzer. Zumal der Autor nicht bei der Kritik der Verhältnisse stehen bleibt, sondern vehement dafür plädiert, die Gestaltung unseres Zusammenlebens aktiv in die Hand zu nehmen und die Spielregeln neu zu schreiben.

Frank Bohner



Im connection Shop:

Die gläubigen Schuldner

von Yoshi Frey

Über die spirituellen Gründe des Geldwahns, von Schulden und Schuldenverstrickung. Mit einem Vorwort von Prof. Margrit Kennedy.
14,80 €

Probieren Sie unser **connectspirit** Schnupperabo für 9,90 €! *

connection Medien GmbH • Tel: 0 86 39-98 34 0 • Fax: 0 86 39-12 19
vertrieb@connection.de • www.connection.de

*Europäisches Ausland: 12 €. Das Schnupperabo verwandelt sich automatisch in ein Jahresabo, wenn Sie nicht vor Erhalt des dritten Heftes kündigen.

Geschenktipp

Klaus Popp:

Das Märchen vom guten Zins

Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen.

Dennoch verursachen Wirtschaftskrisen zunehmend

Angst, Verunsicherung und Not.

Die bekannten Lösungsvorschläge sind voller Widersprüche. Klaus Popp löst den Knoten der Ratlosigkeit auf.

Ein wunderbares Buch zum Jahreswechsel! Es zeigt mit der Fairconomy eine Vision auf, wie wir Menschen gerechtere Verhältnisse und größere persönliche Freiheit schaffen können.



Signum Verlag 2006, 180 Seiten, 11 Grafiken, 19,90 €

Faltblatt zum Verteilen:

Standpunkt 3 „Ein Grundeinkommen für alle – aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen“



Auf vier DIN A4-Seiten beschreibt Alwine Schreiber-Martens den Vorschlag des „Ressourcen-gestützten Grundeinkommens“, das einerseits bei rückgängiger Erwerbsarbeit andere Einkommensquellen erschließt und andererseits eine gleiche Teilhabe aller Menschen an Boden und natürlichen Ressourcen ermöglicht – bei gleichzeitiger Schonung derselben.

schwarz-weiß, Einzelpreis: 0,50 €,

10 Stück inkl. Porto: 4,- €

Zeitschrift zum Verteilen:

FAIRCONOMY



Die aktualisierte Neuauflage der ersten Ausgabe der FAIRCONOMY ist ein Sonderheft, das vor allem für Einsteiger gedacht ist. Mit einem neuen Quiz, leicht verständlichen, zeitlosen Texten und vielen bunten Illustrationen werden die Themen der INWO angesprochen und unsere Arbeit vorgestellt. Das Heft ist durchgehend farbig und eignet sich

hervorragend zum Verteilen oder Auslegen.

10er Pack, 1.50 € (nur Porto- und Versandkosten!)

Jürgen Probst:

Perspektiven fließenden Geldes Ein Spaziergang durch unser Währungssystem



Sehr gut lesbar stellt Jürgen Probst unser problematisches Währungssystem und Lösungsperspektiven vor. Mit erfrischender Leichtigkeit hat sich der selbständige Handwerker und Unternehmer dieses anspruchsvollen und bedeutungsvollen Themas angenommen. Dabei weist der Autor deutlich darauf hin, dass er nur ein Appetithäppchen liefern kann.

Der wirkliche Hunger wird durch die weitere Beschäftigung mit diesem wichtigen Thema gestillt. Und genau dazu regt diese kostengünstige INWO-Broschüre an.

INWO 2006, 72 Seiten, 3.50 €

Bio-T-Shirt

Der Hingucker: „70% Wolle, 30% Zins“. Aufdruck auf der Rückseite: „www.INWO.de“. 100% Baumwolle aus kontrolliert biologischem Anbau.



Herren-T-Shirt in den Farben dunkelblau und schwarz, Größen S, M, L, XL.

Neu

Damen-T-Shirt in den Farben rot, dunkelblau und schwarz, Größen S, M, L.

Je Shirt 11 €

**Weitere Angebote finden Sie unter <http://www.INWO.de/Shop>.
Versandkostenfrei jetzt schon ab nur 10 Euro Bestellwert!**

Zinsen lassen sich nicht verbieten

Liebe Leserinnen und Leser,

das wollen wir ja auch gar nicht!

Wie kommt es trotzdem immer wieder zu diesem Missverständnis? Wegen der



INWO-Zinsbombe? Vielleicht, dabei ist das nur ein drastisches, aber sehr anschauliches Mittel, um endlich die Aufmerksamkeit auf ein Tabu im Finanzwesen zu lenken, nämlich darauf, dass sich immer mehr Geld auf den Konten der

schon Superreichen ansammelt. Gleichzeitig verarmt ein immer größerer Teil der Bevölkerung.

Das ist eine logische Folge davon, dass in unserem reichen Land viele Städte und Gemeinden und der Bund in die Schuldenfalle getappt sind, d. h. immer neue Schulden überwiegend zur Bezahlung der Zinsen der alten Schulden aufnehmen müssen. Wo Zinsen gezahlt werden sollen, müssen Schulden gemacht werden. Zum Beispiel durch den Staat für Rüstungsausgaben (siehe Seite 4 und 5). So entsteht eine gefährliche Zinsbombe. Diese Bombe ist nicht mit einem Zinsverbot zu entschärfen. Schon gar nicht mit einem Verbot der Zinsen auf Ihr Sparkonto, die kaum den Inflationsverlust ausgleichen.

Unser Ziel ist eine krisenfreie Wirtschaft mit einer stabilen Währung durch die Einführung des umlaufgesicherten bzw. „fließenden“ Geldes: Dieses Geld wird nicht mehr Waren und Arbeit überlegen sein. Der Zins wird dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegen. Bei großer

Nachfrage nach Kreditgeld kann ein geringer Zinszuschlag verlangt werden. Auf jeden Fall wird der Geldkreislauf durch die Umlaufsicherungsgebühr nicht mehr wegen zu geringer Zinsen ins Stocken geraten. Wegen der Zinsen wird dann niemand mehr sparen – aber dass Spareinlagen immer ihren Wert behalten, ist ja auch sehr viel wert.

Eine stabile Währung will auch die Europäische Zentralbank und versucht das durch ihre Zinspolitik und geringe Inflationsraten zu erreichen. Das Geld, das nicht dem Konsum dient, muss wieder in den Wirtschaftskreislauf gelockt werden. Noch muss aber jeder Investor mit hohen Zinsgewinnen belohnt werden. Wie gefährlich Inflationen werden können, weiß inzwischen jeder, wie gefährlich der Zins – und da besonders der Zinseszins – ist, haben die Verantwortlichen scheinbar noch nicht begriffen. Da müssen wir noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit leisten.

Helfen Sie uns bei der Aufklärung über die ökonomischen Hintergründe der Zinsbombe. Sie zu entschärfen, gelingt aber letztendlich nur mit dem fließenden Geld. Mehr dazu in diesem Heft..

Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachten, einen guten Start ins neue Jahr und erholsame Wintertage,

für das Redaktionsteam
Wera Wendnagel

Inhalt

- 3 Explodierender Reichtum
- 4 Libanon-Mandat: Schwarzer Mittwoch im Deutschen Bundestag
- 6 Was wäre, wenn ...
- 7 Pressespiegel
- 8 Leserbrief und Termine
- 9 INWO Deutschland
- 11 Mitglieder werben Mitglieder
- 15 INWO Schweiz
- 18 Regiogeldbewegung gewinnt an Fahrt
- 20 Petition vom Deutschen Bundestag abgelehnt
- 21 Geldreform ist wählbar
- 22 Kontroverse um die Geldschöpfung

Impressum

r-evolution 2. Jahrgang, Nr. 31 Dezember 2006, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Wera Wendnagel (V.i.S.d.P.), Beate Bockting, Jens Hakenes, Frank Moser, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

3.000 Exemplare; 1.500 als r-evolution, INWO-CH

Bildnachweis

Titelseite: Theo Wonneberger, Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, 3: www.isw-muenchen.de (auch Zeichnung), 4 und 6: Theo Wonneberger, 5: www.buendnis-zukunft.de, 7: PhotoCase.de/juliaw, Beate Bockting, 9: www.lesefutter.org, 15: Frank Moser, 17: Katja Bigell, 18: Unterguggenberger-Institut, 20: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde, 21: Tomas Klünner, 22: Photocase.com/C-PROMO.de, Th. Weißenfels, Foto Rücken Schweiz: Theo Wonneberger

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenuß GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO D e.V., Klaus Popp, Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 30 41 05, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de> Konto 604 786 607, Postbank Frankfurt/Main (500 100 60)

Die INWO Schweiz spricht über das herrschende Geld- und Bodenrecht als unmittelbare Ursache wachsender Not und sich mehrender Verzweiflung vieler Menschen. Einziges Ziel der INWO sind vergleichsweise kleine,

aber fundamentale Korrekturen, die nicht einmal bestehende Besitzstände angreifen würden. Werden Sie Mitglied, GönnerIn der INWO oder LeserIn unserer Zeitschrift r-evolution.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo ab der nächsten Ausgabe. Die Abo-Gebühr ist frei und kann mit Landeswährung (Sfr) oder Alternativwährungen (Talent/Wir) beglichen werden. Die Gesteungskosten betragen bei der aktuellen Auflagehöhe Sfr 50.-, was als Richtwert für den „Durchschnittsabonnenten“ gilt. Wir sind sehr dankbar für Aufwendungen, um auch Menschen mit geringem Budget das Lesen dieser Zeitschrift zu ermöglichen. Sie bezahlen was Ihnen die r-evolution wert ist!
- zwei Ausgaben zur Probe für mich oder zum Weitergeben.
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Schweiz werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich die r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Schweiz spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo ab der nächsten Ausgabe. Die Abo-Gebühr ist frei und kann mit Landeswährung (Sfr) oder Alternativwährungen (Talent/Wir) beglichen werden. Die Gesteungskosten betragen bei der aktuellen Auflagehöhe Sfr 50.-, was als Richtwert für den „Durchschnittsabonnenten“ gilt. Wir sind sehr dankbar für Aufwendungen, um auch Menschen mit geringem Budget das Lesen dieser Zeitschrift zu ermöglichen. Sie bezahlen was Ihnen die r-evolution wert ist!
- zwei Ausgaben zur Probe für mich oder zum Weitergeben.
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Schweiz werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich die r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Schweiz spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Ich bin bei der INWO...



Albert Leibacher

*... weil nirgendwo sonst
Hintergründe und Ursachen
der katastrophalen
Weltlage einsichtiger und
klarer benannt werden...*

Albert Leibacher ist neu im Vorstand der INWO Schweiz und für die Bereiche Theorie und Externe Projekte zuständig. Als pensionierter Pensionskassenmathematiker ist er für uns eine wertvolle Quelle für alle analytischen und historischen Zusammenhänge. Er kannte die meisten Schweizer Koryphäen der Freiwirtschaft zu ihren Lebzeiten. Albert Leibacher ist verheiratet und hat zwei Söhne.

*Weder der Krieg,
noch der internationale Rüstungsbandel,
weder der Staatsterrorismus,
noch das Fernsehprogramm,
weder die Milliarden eines arabischen Ölpotentaten,
noch der Generalstab einer südamerikanischen Armee,
weder die russische Mafia,
noch die Pornoindustrie,
weder die CIA,
noch die Glacebandschubdiplomaten,
weder die durchgeknallten Sektierer,
noch die Parteifunktionäre,
weder die Präpotenz des Weissen Mannes,
noch die Korruption der Stammesfürsten,
weder die ethnischen Säuberungen,
noch die Pressezensur,
weder der Kapitalismus,
noch der Kommunismus
noch der Imperialismus,
noch der Neoliberalismus,
noch der Faschismus,
noch der Rassismus,
noch sonst irgendeines der Übel des 20. Jahrhunderts
hat grösseren Schaden angerichtet als die elende
Gleichgültigkeit der allgemeinen Leute auf der Strasse.*

Bitte mit 85
Rappen
frankieren

r-evolution 31

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon E-Mail

r-evolution / Versand
INWO Schweiz
Postfach

5001 Aarau

Bitte mit 85
Rappen
frankieren

r-evolution 31

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon E-Mail

r-evolution / Versand
INWO Schweiz
Postfach

5001 Aarau



Mit der Geldreform kann die Zins- und Verschuldungsbombe entschärft werden

@evolution

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt

sfr 3,-



7 Mrd pa.
ZINSBOMBE

Die Zinsbombe entschärfen!

- Explodierender Reichtum – wachsende Verschuldung
- Libanon-Mandat: Schwarzer Mittwoch im Deutschen Bundestag
- Was wäre, wenn die Zinssätze auf die Hälfte sinken...